

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Spedient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Zeilen vor dem Quartierstempel, wenn nicht anders benachbart ist. Drillingstertel für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 12. Februar 1931

Der Roman des Scherl-Verlages.

Ein Stück aus der "guten, alten Zeit".

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. So viel Romane der Scherl-Verlag und seine Berliner Organe "Lokal-anzeiger", "Tag" und "Woche" bisher auch gebracht haben mögen, - den schönsten Roman des Verlages ans Tageslicht zu ziehen, war einem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags vorbehalten. Es ist der Roman des Überganges dieses grossen Zeitungskonzerns aus den Händen August Scherls in die Alfred Hugenbergs.

Nach den Arbeiten des Untersuchungsausschusses, der ängstlich geheimgehaltenen bereits für verloren geltende Akten wieder ans Tageslicht gefördert hat, kann man den Sachverhalt folgendermassen darstellen: Im Jahre 1913 herrschte in "allerhöchsten" Kreisen grosse Aufregung. Der Scherl-Verlag war ins Wackeln gekommen; sein Gründer August Scherl hatte durch wahnsinnige Projektemacherei viele Millionen verloren und sie seinem Zeitungsunternehmen entzogen. In seiner Not plante Scherl den Verkauf seines Unternehmens an einen der beiden grossen demokratischen Zeitungsverlage Ullstein oder Mosse, von denen der letztere bereits eine Anteilsminorität am Scherl-Verlage besass.

Man kann sich den Schrecken der preussischen Regierungskreise vorstellen. War doch der "Lokalanzeiger" das einzige Blatt, das seiner Majestät unzer schnitten vorgelegt wurde! Es musste etwas geschehen, damit das einzig rechtsgerichtete Zeitungsgrossunternehmen der Hauptstadt nicht in die Hände linksliberaler Zeitungsverleger kam und damit "verjudete". Auf kaiserlichen Wunsch versuchte der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eine Rettungsaktion, die er jedoch nach mehrmonatlichen Verhandlungen als erfolglos abbrach.

Mehr Glück hatte sein Nachfolger in diesen Bemühungen, der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer. Ihm gelang es, als Retter gegen die "Verjudung" des Scherl-Verlages die "Hofjuden" Salomon Baron v. Oppenheim in Köln und Louis Hagen (Levy) zu gewinnen. Das Bankhaus Oppenheim schoss die Summen vor, die zunächst erforderlich waren, um Scherl vom Verkauf seiner Stammanteile an Mosse abzuhalten. Herr von Schorlemer gründete inzwischen mit Hilfe von allerhand wohlhabenden Personen den "Deutschen Verlagsverein" in Düsseldorf, der diese Stammanteile erwerben sollte. V. Schorlemer selbst trat mit einer persönlichen Beteiligung an die Spitze des Vereins, unter dessen 59 illustren Mitgliedern man Namen wie Stumm, Röchling, Thyssen, Haniel, aber auch Helferich, Wallraff usw. findet. Dieser Verein brachte etwa 7 Millionen Mark zusammen, eine Summe, die allerdings von Anfang an unzureichend war.

August Scherl war nämlich trotz aller geschäftlichen Verrücktheiten ein kaufmännischer Fiffikus ersten Ranges geblieben. Sein Unternehmen hatte im Zeitpunkt des Verkaufs für etwa 29 Millionen Mark Verbindlichkeiten, denen bei sehr optimistischer Schätzung an Vermögenswerten nur 21 Millionen gegenüberstanden. Die noch hinter den 29 Millionen Schulden und Vorschussanteilen rangierenden 10 Millionen Stammanteile, von denen Scherl für 8 Millionen nominal zum Verkauf anbot, waren also tatsächlich wertlos. Trotzdem verkaufte Scherl seine 8 Millionen Stammanteile an den "Deutschen Verlagsverein" für volle 10 Millionen Mark, also zum Kurse von 125 %, wobei er den Hineingelegten noch ein besonders günstiges Angebot vorspiegelte mit der Behauptung, dass Mosse für diese Anteile sogar 11½ Millionen Mark geboten habe! Nur aus reinem

Patriotismus wolle Scherl diese Anteile an ein rechtsgerichtetes Konsortium schon für 10 Millionen abgeben.

Der geschäftsunkundige Verlagsverein fiel prompt herein, er liess sich vor Scherl sogar noch für weitere $3\frac{1}{2}$ Millionen Vorzugsanteile und Genussscheine aufhängen, so dass der Verein zuzüglich der notwendigen Notariatskosten gleich von Anfang an mit 7 Millionen Schulden belastet dastand. Ausserdem fehlte dem Verein die Rechtsfähigkeit. Eine der üblichen Formen der Handelsgesellschaft wagte man nicht zu bilden, da diese hätte ins Handelsregister eingetragen werden müssen, was der Absicht der strengsten Geheimhaltung widersprach. So verfiel man auf den Weg, dem Verein durch staatliche Verleihung die Rechtsfähigkeit zu erwirken. Der preussische Innenminister von Dallwitz erklärte sich zu einem solchen Erlass bereit mit der ausdrücklichen Begründung, dass der Verein den patriotischen Zweck anstrebe, den Scherl-Verlag nicht (wörtlich) "in linksliberale, also staatsfeindliche" Hände gelangen zu lassen.

Am 1. Mai 1914 erhielt der Verein durch Erlass des preussischen Innen- und Justizministers die Rechtsfähigkeit. Der von ihm zum Direktor des Scherl-Verlages ernannte Geheimrat von Krüger musste alsbald bei Antritt seines Postens erkennen, dass der Verein durch Scherl nach Strich und Faden hereingelegt worden war.

Bald darauf brach der Weltkrieg aus. Nun wurde es dem Baron von Oppenheim um seine dem Verlagsverein vorgestreckten Gelder bange. Hilfflehend wandte er sich an die Regierung, ihn doch jetzt nicht sitzen zu lassen, man habe ihm seinerzeit jegliche Unterstützung versprochen, im Vertrauen darauf, habe er, Oppenheim, sein Geld ohne Sicherstellung vorgeschossen. Der Landwirtschaftsminister von Schorlemer konnte sich diesen Argumenten nicht entziehen. Er beauftragte seinen Ministerialdirektor, Freiherrn von Hammerstein-Loxten, die Sache in Ordnung zu bringen. Nach fehlgeschlagenen Versuchen, das Geld aus einem Dispositiofonds zu erlangen, wurde Hammerstein durch den Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium Michaelis an die preussische Zentralgenossenschaftskass verwiesen. Deren Präsident Heiligenstadt erklärte sich bereit, einen vom Bankhaus Oppenheim auszustellenden Wechsel hereinzunehmen und durch Diskontierung bei der Reichsbank flüssig zu machen.

Die Höhe dieses Wechsels sollte $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark betragen. Zur Deckung sollte der Verlagsverein bei der Preussenkasse für 5 Millionen Mark Stammanteil der Firma Scherl verpfänden. Wie schon ausgeführt, war diese Deckung wertlos, da der Scherl-Verlag hoch überschuldet war und bei einer Liquidierung die Stammenteile glatt ausgefallen wären. Trotzdem dachte die Preussenkasse unter ihrer damaligen Leitung gar nicht daran, den Wert der Deckung nachzuprüfen. Ihr genügte, dass "von oben" dies Geschäft gewünscht wurde. Allerdings war da ein langweiliger Justitiar, der verschiedene juristische Beanstandungen zu machen hatte. So vergingen mit Herbeischaffung der notwendigen Urkunden mehrere Wochen. Als dann Ende August 1914 der Kredit der Firma Oppenheim zur Verfügung gestellt wurde, hatte die Kriegslage sich soweit geklärt, dass das Bankhaus Oppenheim nunmehr auf die Inanspruchnahme des Kredits verzichtete.

Dagegen kam der Verlagsverein immer mehr in Schwulitäten. Das Scherl-Unternehmen arbeitete im Kriege mit Defizit; es mussten daher die Schuldzinsen aus der Substanz genommen werden, wodurch die Schuldenlast dauernd wuchs. Wiederum wandte man sich hilfflehend an die Regierung. Diese hatte jetzt die "richtigen" Männer gefunden. Die Firma Krupp in Essen hatte sich schon im Jahre 1913 an dem Verlagsverein mit einer kleinen Einlage beteiligt. Es hatten damals verschiedene Zechenbesitzer zusammen 1 Million aufgebracht. Aber sie hatten ein schönes Beispiel für die Methoden des "selbstlosen" Patriotismus - weitere 4 Millionen in Aussicht gestellt, falls sich die Regierung erfolgreich um die Verlängerung des Kohlensyndikats bemühen würde!

Auf diese Herren verfiel die Regierung jetzt. Die Zechenbesitzer des Ruhrgebiets, die infolge des Krieges im Gelde schwammen, erklärten sich jetzt bereit, das zum zweiten Male bankrotte Scherl-Unternehmen von Grund auf zu sanieren. Sie gaben zu dem Zweck $6\frac{1}{2}$ Millionen. Eine weitere Million verschaffte die Regierung auf einem dunklen Wege, der bis heute nicht geklärt ist. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Konventionalstrafe, die von Rechtswegen an eine Staatskasse hätte abgeführt werden müssen, die aber jetzt in den Fonds floss, der den Scherl-Verlag der Schwerindustrie hörig machte. Als materiellen Preis für ihre Hilfe liessen sich die neuen Retter das doppelte Stimmrecht im Verlagsverein sowie eine Vorzugsdividende von 5 % bewilligen. Dies Geschehen drängte, wie ein Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt hat, "die Schwerindustrie die Haute volée von Köln und Düsseldorf aus dem Verlagsverein und dem Scherl-Unternehmen heraus."

Die Durchführung der Sanierung übertrugen die Kohlenbarone als ihrem Vertrauensmann dem ersten Direktor der Firma Krupp, dem Geheimrat Alfred Hugenberg. Von da ab dauerte es noch wenige Jahre und Herr Hugenberg war der unumschränkte Diktator des Unternehmens.

Dies ist der Roman des Scherl-Verlages, den bis heute kein Blatt des Scherl-Hugenberg-Konzerns veröffentlicht hat.

SPD. Dresden, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtags gab es eine Debatte über das Buch von Remarque "Im Westen nichts Neues". Ein sächsischer Lehrer hatte in seiner Schule einige Stellen aus dem Buch vorgelesen, worauf die deutschnationale Fraktion eine Anfrage im Landtag einbrachte.

Der Abg. Böchel (Soz) hielt der Rechten vor, dass ihre Kampagne gegen das Buch und den Film "Im Westen nichts Neues" nicht von sachlichen Gründen getragen sei. Besonders der Ansturm der Nazis erkläre sich dadurch, dass sie glaubten, nur noch in einem neuen Chaos, in einem neuen Krieg zur Macht zu gelangen. - Der frühere nationalsozialistische Vizepräsident des Landtages Kunz verkündete, dass das Remarque-Buch im Dritten Reich eingestampft werde. "Wir hatten, so führte er weiter aus, im Schützengraben jederzeit Furcht und Schrecken empfunden, aber wir hatten das Minderwertigkeitsgefühl überwunden. Wir haben viel übrig für Uebertreibung, aber das Buch von Remarque geht zu weit."

Der Ministerpräsident Schieck erklärte, dass er das Remarque-Buch persönlich ablehne. Seine Verwendung in der Schule halte er nicht für angebracht, weil es nicht kindertümlich sei. Trotzdem wäre es nicht richtig zu verbieten, dass das Buch in der Oberprima besprochen werde, weil die Jugend nach einem Verbot erst recht nach dem Buch greifen würde.

SPD. In Breslau erscheint seit Mitte Januar eine nationalsozialistische Zeitung mit dem Namen "Deutschland erwacht". Der Verleger Huray ist SA-Führer in Breslau, der verantwortliche Schriftleiter Renz war Teilnehmer an dem Nachtmarsch der Breslauer SA nach Jäschkowitz im Dezember vorigen Jahres.

Der Gauleiter der NSDAP, Brückner, bekämpfte die neue Zeitung mit aller Schärfe. Am 16. Januar 1931 wies er in der "Schlesischen Tageszeitung" darauf hin, dass die nationalsozialistische Zeitung "Deutschland erwacht" zum Nutzen der Feinde Verwirrung in der NSDAP zu stiften versuche und von keiner verantwortlichen Stelle der nationalsozialistischen Organisation beeinflusst werde. Es sei für die Nationalsozialisten überhaupt verboten, ohne Genehmigung der Reichsleitung eine nationalsozialistische Zeitung herauszugeben oder zu unterstützen.

Mit Hitlers Einfluss scheint es danach mindestens im Breslauer Bezirk nicht allzuweit her zu sein.

SPD. München, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die bayerischen Bischöfe veröffentlichen in ihren Verordnungsblättern für die 8 bayerischen Diözesen einen gemeinsamen Artikel, der eine scharfe Kampfansage gegen den Nationalsozialismus bedeutet. Es heisst in dieser Kundgebung:

"Der Nationalsozialismus enthält in seinem kulturgeschichtlichen Programm Irrlehren, weil er darin wesentliche Lehrpunkte des katholischen Glaubens ablehnt oder schief auffasst und weil er nach Erklärung seiner Führer eine Weltanschauung an die Stelle des christlichen Glaubens setzen will. Führende Vertreter des Nationalsozialismus stellen die Rasse höher als die Religion. Sie lehnen die Offenbarungen des alten Testaments und sogar das mosaische Zehngebote ab. Sie lassen den Primat des Papstes nicht gelten und spielen mit dem Gedanken einer dogmalosen deutschen Nationalkirche. Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr Christentum Christi. Die Bischöfe müssen also als Wächter der kirchlichen Glaubenslehre vor dem Nationalsozialismus warnen, solange und soweit er Auffassungen kundgibt, die mit den katholischen Lehren nicht vereinbar sind."

Den katholischen Geistlichen ist strenge verboten, an der nationalsozialistischen Bewegung in irgend einer Weise mitzuarbeiten. In der führenden Presse dieser Partei wurden gegen katholische Kundgebungen, sogar gegen den Aufruf des Heiligen Vaters zur Abwehr des Bolschewismus Töne angeschlagen, die jegliche Sachkenntnis und jegliche Ehrfurcht vermissen lassen. Die Teilnahme von Nationalsozialisten an gottesdienstlichen Veranstaltungen in geschlossenen Kolonnen mit Uniform oder Fahnen ist und bleibt verboten."

SPD. Die Nationalsozialisten sind nicht nur dumm, sie sind auch bodenlos unehrlich. Nach ihrem Auszug aus dem Reichstag hat ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Frick dem Reichstagspräsidenten folgenden Antrag übermittelt:

"Die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an Parlamentssitzungen ersparten Beiträge an Diäten usw. sind restlos den Bedürftigsten unter den ausgesteuerten Erwerbslosen zuzuführen."

Wie Präsident Löbe am Donnerstag im Reichstag auf Anfrage erklärte, haben alle nationalsozialistischen Abgeordneten, Kranke wie Gesunde, am 1. Februar ihre Diäten für den ganzen Monat erhoben. Es stehe also kein roter Pfennig durch Verzicht der Nazi-Abgeordneten zur Verfügung.

Das Schreiben von Frick stellt also den Gipfel der Unehrlichkeit und Irreführung dar. Es soll den Eindruck erwecken, als ob die Nationalsozialisten seit ihrem Auszug die Diäten des Reichstags nicht mehr beziehen würden und diese Beträge jetzt zur Unterstützung besonders bedürftiger Erwerbsloser zur Verfügung stehen. Das würde aber nur dann der Fall sein, wenn die Nazis die Diäten vom 10. bis zum 28. Februar, die sie bereits erhoben haben, zurückzahlen würden. Davon aber steht weder in dem Brief von Frick ein Wort, noch hat bisher irgend ein Nazi-Abgeordneter persönlich eine solche Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben.

SPD. Paris, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Wie die "Chicago Tribune" mitteilt, hat der König von Spanien am 11. Februar, zurzeit als in Madrid die republikanische Partei öffentlich die Helden der fehlgeschlagenen Revolution vom Dezember feierte, einen geheimen Rat von hohen und als ehrgeizig bekannten Offizieren einberufen, um mit ihnen über die Lage zu beraten. Zur gleichen Zeit seien die Befehlshaber der Madrider Garnison ebenfalls zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammengetreten. General Berenguer, der Bruder des Diktators, sowie sämtliche Truppen von Madrid, Sevilla und anderen Militärzentren hätten Befehl gehabt, die Kasernen nicht zu verlassen, um für jede Eventualität bereit zu sein. Die Polizei sei mit grossen Mengen Tränengasbomben ausgerüstet worden.

SPD. Von den Haussuchungen, die am Donnerstag in der Zentrale der Berliner Nazis und bei massgebenden Nazi-Führern abgehalten worden sind, wurde auch der Führer der SA, Stennes betroffen.

Wer ist dieser Stennes? Nach dem Krieg wurde Stennes in die preussische Polizei übernommen, wo er zunächst in Berlin in einer Hundertschaft zur besonderen Verwendung Dienst tat. Als dann der Kapp-Putsch kam und der Reaktion in Berlin für einige Tage Oberwasser gab, machte Stennes, der zu dieser Zeit Oberleutnant der Sicherheitspolizei war, aus seiner Sympathie für die Kapp-Rebellen keinen Hehl, trotzdem auch er die preussische Verfassung beschworen hatte. Einige Tage später sah Stennes ein, dass er sich verkalkuliert hatte. Kapp riss nach dem Vorbilde Ludendorffs aus und liess die enttäuschten Rebellen zurück. Wutentbrannt tat Stennes damals, am 23. März 1920, nach Vollendung

der Pleite in Gegenwart mehrerer Polizeibeamter den Ausspruch :

"Ich mache für das verfluchte deutsche Sauvolk keinen Handschlag mehr, ich trete in englische Dienste und vielleicht wird es noch einmal dazu kommen, dass wir gegeneinander kämpfen werden."

Als sich Stennes bald darauf für diese Äusserung über das "Sauvolk" verantworten sollte, leugnete er sie. Einige Zeit später schied er schliesslich aus der Polizei aus. Im Jahre 1925 bat Herr Stennes die preussische Regierung untertänigst um die Gewährung eines Ruhegehaltes. Von dem "Sauvolk" wollte er zwar schon seit 1920 nichts mehr wissen, sein Geld aber war ihm teuer und lieb. Grosszügig wie die Republik nun einmal ist gewährte sie auch Herrn Stennes eine Abfindung. Als er das Geld des "Sauvolkes" hatte, bedankte er sich dadurch, dass er mit Hitler gegen die, die seiner untertänigsten Bitte entsprochen hatten, in der gemeinsten Weise zu Felde zog!

SPD. Köln, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln und Dr. Lehr-Düsseldorf haben jetzt ebenfalls auf 20 Prozent ihres Grundgehaltes verzichtet. Das Grundgehalt beider Oberbürgermeister beträgt 36 000 Mark.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat die von den Nationalsozialisten und Kommunisten für den kommenden Sonntag im Lustgarten geplanten Kundgebungen verboten.

Das Verbot wird wie folgt begründet: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat für Sonntag, den 15. Februar dieses Jahres mittags 12 Uhr zu einem Massenprotest im Lustgarten aufgerufen. Die Kommunistische Partei Deutschlands fordert zu einem Massenaufmarsch am Sonntag, den 15. Februar vormittags 10,30 Uhr im Lustgarten auf. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sind erst nach den Stunden des Hauptgottesdienstes, frühestens um 12 Uhr zugelassen. Die beiden Kundgebungen würden demnach zu gleicher Zeit und auf dem gleichen Platz stattfinden. Bei dem starken politischen Gegensatz, der nach aussen zwischen den beiden veranstaltenden Parteien besteht und von beiden Seiten fortgesetzt verschärft wird und Tag für Tag zu tätlichen Angriffen der beiderseitigen Anhänger, zu gefährlichen Körperverletzungen und sogar zu Totschlägen geführt hat, gefährden die beiden Versammlungen unter freiem Himmel unmittelbar die öffentliche Sicherheit und Leben und Gesundheit der Teilnehmer. Es kann diese Gefahr nicht dadurch abgewendet werden, dass nur eine der Veranstaltungen zugelassen wird, denn auch ihr friedlicher Verlauf ist nach dem aufreizenden Inhalt und Wortlaut der Ankündigungen nicht gesichert. Demgemäss wurde aufgrund des Artikels 123 der Reichsverfassung für den 15. Februar 1931 jede Versammlung im Lustgarten verboten.

SPD. Dessau, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die beiden anhaltischen Abgeordneten der Hausbesitzerfraktion Günther und Marzahn, die wegen Bestechung vor dem Staatsgerichtshof angeklagt sind, haben ihre Mandate niedergelegt. Ihre Nachfolger sind zwei Handwerksmeister aus Güsten und Köthen.

SPD. Die Vorarbeiten für die Neugestaltung der Osthilfe sind beendet. Von besonderer Bedeutung ist in den fertiggestellten Gesetzentwürfen die Inanspruchnahme von rund 500 Millionen Mark aus dem Fond der Bank für Industrieobligationen. Im grossen und ganzen greift die Osthilfe damit auf einen Vorschlag zurück, den der Montanindustrielle Dr. Silverberg gelegentlich der letzten grossen Veranstaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in der Berliner Scala gemacht hat. Die Transaktion selbst in einem Gesetzentwurf über Beendigung der Industrieumlage (Aufbringungssteuer) enthalten.

Zwei andere Gesetzentwürfe erstrecken sich auf die Entschuldung und auf die Siedlung. Soweit die Siedlung in Frage kommt, hat man sich an das Siedlungswerk der letzten 10 Jahre angelehnt, für das Preussen führend war. Nach dem im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Entwurf wird das Reich in der Zeit von 1932 bis 1936 jährlich 50 Millionen Mark für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen. Die Entschuldung soll dahin geregelt werden, dass bis zum Jahre 1936 jährlich 25 Millionen Mark für die Betriebssicherung zur Verfügung zu stellen sind. Zur Zinsverbilligung sind für das erste Jahr 16, für das zweite 21, für das dritte 26, für das vierte 31 und für das letzte Jahr 36 Millionen Mark vorgesehen.

Im Anschluss an diese Regelung hat man auch die Frage der Auswahl der zu entschuldenden Betriebe zu klären versucht. Die Landwirtschaft hat hier den Gedanken einer Selbstverwaltung propagiert. Diese Selbstverwaltung stellt sich bei Licht besehen als eine "Selbstverwaltung" fremden Geldes dar. Die von der Grosslandwirtschaft gemachten Vorschläge zielen auf die Ausschaltung sachlich arbeitender staatlicher Stellen hin. Hinter ihnen stehen politische Ziele. Werden sie verwirklicht, dann wird eine Interessenvertretung des Grossgrundbesitzes geschaffen. Aus der Entschuldung wird eine neue Subventionierung der Grossagrarien. Man kann schliesslich auch den gesunden Betrieben nicht zumuten für ungesunde Betriebe zu bluten. Das muss man sich auch in der Landwirtschaft überlegen. Nach den neuen Vorschlägen sollen neben den Landstellen sogenannte Haftungsverbände errichtet werden. Bei Meinungsverschiedenheit über die Kreditwürdigkeit des Betriebes (Entschuldung) geben die Haftungsverbände zugleich mit der Bank für Industrieobligationen den Ausschlag. Allerdings haben dann die Haftungsverbände die volle Bürgschaft für die Kredite zu übernehmen.

Die vorliegenden Angaben genügen nicht, um sich ein abschliessendes Urteil über das Projekt zu bilden. Man muss hier vor allem verlangen, dass die für die Entschuldung zu gewährenden Mittel unter allen Umständen sichergestellt werden. Die Entschuldung darf nicht auf eine neue Subventionierung der nicht lebensfähigen Betriebe hinauslaufen.

Im übrigen enthalten die Gesetzentwürfe verschiedene Vorschläge hinsichtlich der Erleichterung kommunaler Lasten, der Hilfe für wirtschaftliche und gewerbliche Notlagen, der Verbilligung von Meliorationsdarlehen, von Mitteln für den Bau von Eisenbahnlinien, Strassen usw. Ausserdem ist die Verlängerung der Kredite auf 25 Jahre (bisher 15 Jahre) vorgesehen. An der neuen Osthilfe sollen auch Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und die beiden mecklenburgischen Länder beteiligt werden.

SPD. Rom, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Ereignis des neunten Krönungstages von Pius XI. am Donnerstag war, dass ein Papst zum erstenmal zur ganzen Welt durch Radio sprach. Er richtete mahnende Worte an die Regierenden, an die Reichen und Armen, an die Arbeiter und Arbeitgeber.

Der Radio-Rede folgte eine Festsitzung in der päpstlichen Akademie der Wissenschaften, in deren Verlauf vom Papst besonders die Verdienste des Erbauers der Radiostation, des neu ernannten Mitgliedes der Akademie, Marconi, hervorgehoben wurden.

SPD. Innsbruck, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Der militärische Führer der Heimwehr von Tirol, Oberstleutnant a.D. Samen ist zurückgetreten. Er begründet diesen Schritt mit schweren Angriffen, die aus der Umgebung Steidles gegen Starhemberg gerichtet werden und mit der Aussichtslosigkeit, in der Tiroler Heimwehr in absehbarer Zeit die militärische Disziplin wieder herzustellen. Samen war von Steidle erst vor kurzer Zeit zum militärischen Landesführer ernannt worden. Sein Rücktritt ist ein Zeichen dafür, dass die Krise in der Tiroler Heimwehr andauert.

SPD. London, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

"Seit 50 Jahren hat in England kein Finanzminister eine solche ernste Sprache geführt", schreibt am Donnerstag der "Daily Telegraph" zu Snowdens Unterhausrede über die Schwere der finanziellen Lage.

Snowdens Warnung bildete am Donnerstag die grosse Sensation und das Tagesereignis. In spaltenlangen Artikeln kommentieren die Zeitungen die Mahnung des Finanzministers, an der Börse, in allen Bank- und Wirtschaftskreisen findet sie ihren Widerhall. Ganz England ist plötzlich aufgerüttelt, als wäre es sich erst jetzt der ganzen Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Krise bewusst. Snowdens Bekennermut und seine ungeschminkten Wahrheiten finden in allen Lagern restlose Anerkennung. Es erhebt sich jedoch gleichzeitig die Frage: wo soll gespart werden und wie?

Der englische Finanzminister besitzt die unumschränkte Vollmacht bei der Aufstellung seines Budgets, und es ist kein Wunder wenn das Rätselraten begonnen hat, wie der kommende Etat aussehen wird. Kennzeichnend für die Lage ist, dass das Unterhaus noch in der Nacht zum Donnerstag den liberalen Antrag zur Einsetzung einer Sparkommission mit allen Stimmen gegen 21 der unabhängigen Arbeiterpartei angenommen hat. Die Konservativen allerdings verfochten am Donnerstag bereits die Ansicht, dass Sparen mit Lohnkürzungen und mit dem Abbau der Arbeitslosenversicherung beginnen müsse.

Diesem Anschlag auf die Arbeiterschaft tritt der "Daily Herald" in seinem Leitartikel scharf entgegen. Das Organ der Arbeiterpartei kann sich dabei auf keinen anderen als auf Snowden berufen, der in seiner Rede ausdrücklich erklärte, "es ist selbstverständlich, dass der grösste Anteil der notwendigen Opfer auf die stärksten Schultern gelegt wird". Auf keinen Fall hat Snowden daran gedacht, dass der Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung über Lohnverminderung und Abbau der sozialen Lasten führen müsse. Das beweist am besten die Tatsache, dass die Regierung am kommenden Montag im Unterhaus einen neuen Kredit von 20 Millionen Pfund für den Arbeitslosenfonds fordern wird.

Was allerdings die Rede Snowdens ankündigte ist die Unmöglichkeit einer von den Liberalen seit langem geforderten Riesenanleihe für Notstandsarbeiten und Industrieunterstützung. Der Glaube an die Verwirklichung dieser liberalen Pläne ist zerstört und die Liberalen, die sich dadurch ein grosses Agitationsmittel für die künftigen Wahlen an die Hand schaffen wollen, haben am Donners tag schon auf ihre Lieblingsidee verzichtet. Sie sollte der Haupttrumpf in der von ihnen am Donnerstag im Unterhaus erzwungenen Arbeitslosendebatte sein. MacDonald, der dazu das Wort ergriff, zerstörte den liberalen Gedanken einer Anleihe, die ausserdem in der Praxis niemals imstande gewesen wäre, die Arbeitslosigkeit dauernd zu beseitigen. Hingegen erklärte MacDonald, dass alle anderen Mittel zur Hebung des Arbeitsmarktes von der Regierung ergriffen würden.

Es wird sich bei der Etatsaufstellung zeigen, welche Sparmassnahmen Snowden durchzuführen gedenkt. Bekannt ist einweilen lediglich eine Verminderung des Heeresetats um etwa 10 Millionen Pfund. Eins hat Snowdens Rede allerdings schon jetzt bewirkt: eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeiterpartei und unabhängiger Arbeiterpartei. Die Gruppe um Maxton steht mit ihren Anträgen

und ihrer Agitation dort wo in Deutschland die Kommunisten zu finden sind. Je schärfer die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit über England rast, desto klarer schält sich auch in der englischen Arbeiterbewegung die Kernfrage heraus: alles oder nichts; Opposition um jeden Preis aber Verantwortung, die über den Tag hinausieht.

SPD. Die Haussuchung in der Zentrale der Berliner Nazis und bei 20 massgebenden Führern der Berliner Nationalsozialisten hat bereits nach oberflächlicher Durchsicht des beschlagnahmten Materials ergeben, dass die Nationalsozialistische Partei mit den Mördern der Reichsbannerkameraden Schneider und Graf in ständiger Verbindung gestanden, ihre Flucht begünstigt und sie finanziell unterstützt hat.

Unter den beschlagnahmten Schriftstücken befindet sich u.a. ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen einem Herrn v. Maltitz in Innsbruck und dem Berliner Gaubüro der Nationalsozialisten. In einem der Briefe teilt v. Maltitz mit, dass bei ihm ein Berliner SA-Mann namens Nowak erschienen sei, der wegen eines politischen Verbrechens verfolgt würde und um Weiterbeförderung bitte. Das Berliner Gaubüro der Nazis antwortete postwendend, die Sache habe ihre Richtigkeit. Einige Tage später wurde diese Mitteilung dahin revidiert, dass gegenüber Nowak Vorsicht geboten sei; er sei kurz vor seiner Flucht aus der SA wegen undisziplinierten Verhaltens ausgeschlossen worden. Anscheinend aber hatte Nowak unterdessen die Unterstützung des Herrn v. Maltitz erfahren. Der Berliner Polizei ist bisher ein Fall Nowak unbekannt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass im Zusammenhang mit dem beschlagnahmten Schriftwechsel über diese Sache ein bisher noch unbekanntes schweres Verbrechen aufgedeckt wird.

Unterdessen ist der in Feldberg verhaftete Quartiermeister der Nationalsozialisten Scheidner, der den Nazimördern Unterkunft gewährt und sie finanziell unterstützt hatte, nach Berlin gebracht und nach kurzer Vernehmung in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert worden. Aller Voraussicht nach wird die Affäre noch weitere Kreise ziehen. Zunächst sind die Ermittlungen der Polizei jedoch noch nicht abgeschlossen. Man nimmt an, dass die Sichtung des beschlagnahmten Materials noch den ganzen Freitag in Anspruch nehmen wird.

SPD. London, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Jahre 1930 wurden auf den englischen Landstrassen 7 000 Menschen überfahren und getötet. Unter den Verunglückten befinden sich 1500 Kinder.

SPD. London, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Der 70 jährige Abgeordnete der Arbeiterpartei Alfred Smith ist in der Nacht zum Donnerstag einem Herzschlag erlegen.

SPD. Die deutschnationale Reichstagsfraktion befindet sich vorläufig noch im Streik. Eine Ausnahme macht lediglich der deutschnationale Abgeordnete Stubbendorff, der am Donnerstag mit Genehmigung seiner Fraktion im Untersuchungsausschuss des Reichstages über die Roggenstützung erschien.

Stubbendorff treibt Streikbruch, um den Sozialdemokraten Baade dauernden Verächtigungen auszusetzen und einen Skandal zu provozieren. In der Donnerstags-Sitzung des Ausschusses behauptete er, Dr. Baade habe als Mitglied der deutsch-polnischen Roggenkommission monatliche Bezüge von 4000 Mark erhalten.

Baade erwiderte sofort, dass über seine Bezüge bereits am Mittwoch in vertraulicher Sitzung des Untersuchungsausschusses eingehend gesprochen worden sei. Die Behauptungen des Herrn Stubbendorff, dass er als Mitglied der deutsch-polnischen Roggenkommission Bezüge von 4000 Mark erhalten habe, seien unwahr und aus der Luft gegriffen.

Genauere Angaben über die tatsächlichen Bezüge von Dr. Baade schon heute zu machen, ist nicht möglich, weil den in vertraulicher Sitzung des Roggenausschusses gemachten Angaben in der Öffentlichkeit nicht vorgegriffen werden kann. Wir können jedoch bereits jetzt feststellen, dass Baade als Mitglied der deutsch-polnischen Roggenkommission niemals Bezüge in der von Stubbendorff angegebenen Höhe erhalten hat.

SPD. Warschau, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Zaleski erklärte am Donnerstag im Auswärtigen Ausschuss des Senats, dass das Problem einer Revision der deutsch-polnischen Grenze für Polen überhaupt nicht bestehe und Polen sich daher an diesbezüglichen Diskussionen nicht beteiligen werde. Keine Regierung könne für die Verstöße ihrer Bürger gegen das Völkerrecht verantwortlich gemacht werden. Die Schuldigen müssten natürlich bestraft werden. In dieser Hinsicht habe die polnische Regierung bereits alles Notwendige getan.

SPD. Der Reichsrat stimmte am Donnerstag gegen den Widerspruch von Thüringen der von dem Reichsminister des Innern beantragten Genehmigung von weiteren 205 Einbürgerungsfällen zu.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 12. Februar (Eigl. Bericht)

Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, die sich unter Fortzahlung der Diäten Urlaub von der Reichstagsarbeit genommen haben, bleiben keineswegs alle dem Hause am Platz der Republik fern. Eine Reihe ihrer Abgeordneten betrachten den Reichstag als Klublokal. Sie kommen, nehmen im Lesesaal und in sonstigen Ecken in den bequemen Klubsesseln Platz. Nur der Arbeit bleiben sie fern.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung fragte der Staatsparteilager Weber den Reichstagspräsidenten, ob die ausgerückten Abgeordneten ordnungsmässig um Urlaub nachgesucht hätten. Der Sozialdemokrat Aufhäuser warf die Frage auf, ob die Nationalsozialisten entsprechend einem Schreiben des Abgeordneten Frick ihre Diäten und in welcher Höhe den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt hätten. Reichstagspräsident Löbe erwiderte, dass Urlaubsgesuche von den Herren, die einstweilen nichts mehr tun wollen, nicht eingegangen sind. An und für sich sei das nichts Neues. Der Abgeordnete Ludendorff habe sich jahrelang an den Reichstagsarbeiten nicht beteiligt. Auch die kommunistische Abgeordnete Frau Zetkin sei durch Krankheit und durch politische Aufträge in Russland sehr lange von der Mitarbeit ferngeblieben. Allerdings habe sie stets ordnungsmässige Urlaubsgesuche von Moskau eingereicht. Die Frage, wie die ausmarschierten Abgeordneten zu behandeln seien, könne der Ältestenrat besprechen. Dem Angeordneten Aufhäuser antwortete der Reichstagspräsident, dass allerdings die Nationalsozialisten unter dem 10. Februar folgenden Antrag eingereicht haben: "Die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an den Parlamentssitzungen ersparten Beträge an Diäten usw. sind restlos den Bedürftigsten unter den ausgereichteten Erwerbslosen zuzuführen". Da aber alle nationalsozialistischen Abgeordneten, kranke wie gesunde, vorsichtshalber schon am 1. Februar ihre Diäten für den ganzen Monat erhoben haben, steht natürlich kein roter Pfennig für die Erwerbslosen zur Verfügung. Zurückgezahlt hat bisher keiner der Nationalsozialisten und Deutschnationalen die für nichtgeleistete Tätigkeit erhobenen Diäten. Das Haus nahm diese Erklärung mit stürmischer Heiterkeit auf; nur die Kommunisten protestierten. Sie scheinen sich - wie auch aus anderen Vorkommnissen während der Sitzung hervorging - als eine Art Nazi-Ersatz zu fühlen, oder hat etwa Herr Stöhr während seiner vertraulichen Unterhaltungen mit dem Fraktionsführer der Kommunisten, Stöcker, die Kommunistische Fraktion mit der Wahrnehmung der nationalsozialistischen Interessen beauftragt?

Für den ausgeschiedenen nationalsozialistischen Vizepräsidenten Stöhr wurde mit 258 Stimmen der frühere Vizepräsident Abg. v. Kardorff (Deutsche Volkspartei) gewählt. Auf den Kommunisten Pieck entfielen 56 Stimmen; 32 Zettel waren unbeschrieben, einer lautete auf den bayerischen Bauernbündler Eisenberger zwei waren ungültig, vier Mitglieder enthielten sich der Stimme. Die Kommunisten regten sich auf, weil die Sozialdemokraten nicht für Herrn Pieck gestimmt haben. Ihr Gedächtnis ist kurz. Sie wissen nicht, dass sie im Oktober v. J. auch dem Reichstagspräsidenten Löbe ihre Stimme verweigert haben und um ein Haar den Nazigönner Dr. Scholz auf den Präsidentenstuhl erhoben hätten. Die Wahl des Kommunisten Pieck kam auch deswegen nicht in Betracht, weil der kommunistische Führer, Abg. Torgler in der zweiten Sitzung dieses Reichstages ausdrücklich im Namen seiner Fraktion erklärt hat, dass sie sich an die Geschäftsordnung nicht halten würden. Zu Schriftführern wurde der Zentrumsabgeordnete Neyses und der Staatsparteilager Schneider gewählt.

Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde eine Entschliessung Dauch (Volkspartei), Dr. Perlitius (Zentrum) und Genossen zur Kriegsschuldfrage angenommen. Ferner wurde eine Entschliessung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit die unhaltbare, den Frieden Europas gefährdende Lage, die durch die ein-

seitige Abrüstung Deutschlands und die bisherige Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen der übrigen Mitglieds-Staaten des Völkerverbundes geschaffen worden ist, beseitigt und dadurch ein Zustand geschaffen wird, der allen Staaten gleiche Sicherheit bietet. Noch eine Entschliessung fand eine Mehrheit: an die Reichsregierung die Aufforderung zu richten, baldmöglichst in die Erörterung der Tributlasten mit den am Young-Plan beteiligten Mächten einzutreten und dadurch alle innerpolitischen Massnahmen, die zum Erfolg nötig sind, zu treffen. Die Sozialdemokraten stimmten für sämtliche Entschliessungen. Dr. Breitscheid gab zu der letzten Entschliessung die Erklärung ab, die Sozialdemokratie erwarte von der Reichsregierung, dass sie zu ihrem Revisionsvorstoss den geeigneten Zeitpunkt abwarte. Ueber alle Anträge der abwesenden Deutschnationalen und Nationalsozialisten wurde zur Tagesordnung übergegangen und zwar gegen den Widerspruch des Landvolks und der Kommunisten. Der kommunistische Antrag auf sofortige Einstellung der Zahlungen aus dem Young-Plan wurde mit 314 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Nationalsozialisten sind durch ihre Flucht von der Entscheidung befreit worden, wie sie sich zu diesem Antrag stellen wollen. Im Auswärtigen Ausschuss haben sie sich der Stimme enthalten.

Das Haus trat dann in die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums ein. Der stellvertretende Reichswirtschaftsminister Trendelenburg beschränkte sich auf wenige Bemerkungen. Aus dem Hause wurden dann zwei vielbeachtete Reden gehalten: die des sozialdemokratischen Abgeordneten Tarnow und die des Zentrums-Abgeordneten Dr. Dessauer. Dazwischen lag eine Wald- und Wienrede des früheren Vaterlands-Parteilers und jetzigen Kommunisten Dr. Neubauer, die mit den gewohnten Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie durchsetzt war und bewies, dass der Redner keinerlei Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge hat. Tarnow griff die Regierung an. Sie habe zwar die ganze Energie hinter den Abbau der Löhne gesetzt, bei den Preisen sich jedoch auf Empfehlungen beschränkt. Diese Regierungspolitik habe nicht nur die Massen verbittert, sondern auch die Wirtschaftskrise infolge der sinkenden Kaufkraft verschärft. Eine radikale, dauernde Verkürzung der Arbeitszeit sei notwendig. Das Geschrei von mangelnder Kapitalbildung wies Tarnow zurück. Das nationale Gesamteinkommen sei von 150 Milliarden im Jahre 1924 auf über 70 Milliarden im Jahre 1929 gewachsen. Der Produktions-Index sei in derselben Zeit um 41 v.H. gestiegen. Die Kapital-Investitionen von 1924 - 1928 hätten zusammen 65,7 Milliarden betragen, die effektive Auslandsschuld dagegen nur 17 Milliarden. Das kapitalistische System habe versagt nicht zuletzt durch die unaufhaltsame Entfaltung der Monopol-Tendenzen. Die Kartell-Politik in Deutschland sei durch die Hochhaltung der Preise ein Störungsfaktor.

Dann beschäftigte sich Tarnow mit dem Nazi-Sozialismus und brachte Material aus nationalsozialistischen Schriften bei, die zugeben, dass sich die Nationalsozialisten bisher mit Wirtschaftsfragen nicht ausreichend beschäftigt haben. Tarnow bat unter der Heiterkeit des Hauses dringend darum, dass die Nationalsozialisten auch fernerhin sich bei jeder Gelegenheit als Anti-Marxisten bezeichnen, damit sie nicht mit den Sozialdemokraten verwechselt würden. Der sozialdemokratische Redner wandte sich dann mit derselben Schärfe gegen die Kommunisten. Der marxistische Sozialismus habe auch mit den nationalökonomischen Experimenten in Russland wenig zu tun. Was dort geschehe, ähnele mehr den bössartigen Karikaturen vom Sozialismus als Zuchthaus-Staat, in dem aus allen Fensterhöhlen das öde Grauen grinst. In Kulturländern würden sich die Arbeitermassen weigern, diesen russischen Elendsweg mitzugehen. Selbstverständlich brüllten die Kommunisten hinter jedem Satze auf. Tarnow schloss mit der Bemerkung, dass die Konjunkturen des politischen Wunderglaubens vorübergingen. Die Marxisten bauten auf die Wirklichkeit und seien darum unerschütterlich in ihrer Zuversicht.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Dessauer hielt eine Rede, die in vielen Punkten eine Anklage gegen das kapitalistische System, gegen die jetzige Reichs-

regierung, aber auch gegen grosse Teile des Zentrums und seiner Politik war. Er berechnete die Verluste an Kaufkraft aus der Erwerbslosigkeit, Lohnabzug und Kurzarbeit auf etwa $5\frac{1}{2}$ - 6 Milliarden im Jahre. Der Mittelstand und die Landwirtschaft spürten die sinkende Kaufkraft zunächst. Sie bedeute eine Absatz Schrumpfung bei der Landwirtschaft. Stark hob Dessauer heraus, dass seit 100 Jahren keine Regierung in Deutschland so viel für die Landwirtschaft getan habe als die republikanischen Regierungen. Industrie, Handel und Arbeiterschaft hätten in vorbildlicher Weise Verständnis für die Lage der Landwirtschaft gezeigt. Dessauer sieht Möglichkeiten für die Belebung der Wirtschaft in Export-Aufträge bei sinkenden Preisen; ausserdem sieht er die Möglichkeit einer Belebung des Innenmarktes, wenn endlich eine Preissenkung eintritt, durch die die Kaufkraft gesteigert wird. Hier verlangte er mehr Ernst und mehr Zupacken als eine Lebensnotwendigkeit. Wenn man weiter warte und die Absatzmöglichkeiten noch weiter einschrumpften, rechnet er mit furchtbaren politischen Gefahren. Mehr als die Hälfte der Preise seien gebunden. Hier müsse angesetzt werden.

Gründliches Material gab Dessauer auch über die Ausweitung des Handels, also des Verteilungs-Apparates in Deutschland. Dieser erfordere 5 Milliarden mehr als in der Vorkriegszeit. Diese 5 Milliarden gingen der Produktion verloren und bedeuteten $1\frac{1}{2}$ Millionen Erwerbslose. Auch für die ungeheuerlich wachsende Spanne zwischen Produktions- Grosshandels- und Kleinhandels-Preise gab Dessauer bedeutendes Material.

Das Haus vertagte sich nach der Rede Dessauers auf Freitag Nachmittag 3 Uhr.

SPD. Paris, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die alte Flottenrivalität zwischen Frankreich und Italien scheint sich wieder zu einem offenen Rüstungswettlauf zuspitzen zu wollen.

Der Berichterstatter für das Marinebudget in der französischen Kammer, Stern, hat festgestellt, dass Italien während der Rüstungsferien in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres Frankreich illoyaler Weise hintergangen hat. Es habe zwar, wie es der Vertragstext bestimmt, keine neuen Einheiten in Bau gegeben, dafür aber mit solchem Hochdruck an der Fertigstellung der im Bau befindlichen Schiffe gearbeitet, dass es seine Flotte während der Rüstungsferien um 59 800 Tonnen habe verstärken können. Frankreich dagegen habe nur 39 400 Tonnen neuer Schiffe vom Stapel gelassen.

Diese Entdeckung hat natürlich in Paris bis in die faschistenfreundlichen Kreise hinein starkes Befremden erregt. Die Verstimmung war so stark geworden, dass sich die englische Regierung genötigt sah, den Abrüstungssachverständigen im Foreign Office, Craigie, sozusagen als Schlichter nach Paris zu schicken. Der Friedensbote der englischen Regierung fand aber einen überaus eisigen Empfang. Die gesamte bürgerliche Presse erklärt, dass Frankreich sich nicht länger von Italien übertrumpfen lassen könne. Frankreich brauche seines grösseren Kolonialreiches wegen eine Ueberlegenheit von mindestens 200 000 Tonnen gegenüber Italien. Diese Spanne, die in der französischen Kriegsmarine in alten noch aus der Vorkriegszeit stammenden Einheiten repräsentiert werde, sei von Italien jetzt schon um 20 000 Tonnen vermindert worden. Craigie hätte sich also besser an die italienische Regierung wenden müssen, behauptet die französische Presse einmütig. Sie trage allein die Verantwortung an der neuen Verschärfung der Rivalität der beiden Länder.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Schamlose Spiessbürger.

SPD. In Köln a.Rh. gibt es eine "Kölner Literarische Gesellschaft", deren Vorsitzender ein Herr Sarnetzki, Feuilletonredakteur der "Kölnischen Zeitung", ist. Diese Literarische Gesellschaft hat sich den Dichter Albrecht Schaeffer zu einem Dichterabend eingeladen. Nach dem Dichterabend fand ein geselliges Beisammensein der Mitglieder der Literarischen Gesellschaft mit Schaeffer statt. Als im Laufe des Gesprächs Schaeffer erkennen liess, dass er Republikaner sei, fielen seine Gastgeber in der unflätigsten Weise über ihn her. In der "Literarischen Welt" schildert Schaeffer selbst sein Erlebnis:

"Richtig ist, dass, als ich im heiteren Gespräch, wie der Wein es bewirkt nebst der von ihm gern hervorgerufenen Neigung zur Aufrichtigkeit meine einigermassen republikanische Gesinnung und infolgedessen die nationalsozialistische meiner Gastfreunde unverhofft enthüllte, ich mich plötzlich von einem Dutzend Stimmen und von allen Seiten her angeschrien fand. Nicht mit gröblichen Worten, wenn auch das Wort Landesverräter in einer Uebertragung ins Nationalsozialistische darunter war, aber in einem Ton.....! Und dass sie alle meine Gastfreunde über ihren Gast, ohne mich nur ein einziges Wort über meine nationale oder soziale Gesinnung äussern zu lassen, mit moralischen Schmähungen herfielen, bis denn einer die allgemeine Empörung an sich riss, um in langer und donnernder Rede mich, der noch immer kein Wort hatte verlaublich dürfen, als einen weltunwissenden Träumer brandmarkte, der in süßem Selbstgenuss fühllos und unbekümmert um die Not des Vaterlandes in seinem bayerischen Dorf sitze und - "Wir haben drei Millionen Arbeitslose, wissen Sie das," schmetterte er mich nieder, in den Augen die Tränen garantiert echten deutschen Manneszorns aus vielem Rheinwein.

Ja, Tränen vergoss dieser Mann beim Rheinwein über das Elend seines verhungerten Volkes, so lässt es sich in Hexametern voll homerischen Gelächters fassen."

Angewidert von diesem Ausbruch der wahren Gesinnung dieser Spiessbürger teilte Schaeffer am anderen Tage der Gesellschaft seinen Verzicht auf das Honorar für seine Vorlesung mit. Der Verzicht wurde ohne ein einziges Wort der Erwiderung angenommen. Die Spiessbürger, die dem Dichter Schaeffer zugejubelt hatten, fielen über ihn her, als sie erkannten, dass er ein Republikaner sei. Die äussere Tünche der Wohlanständigkeit und des Kunstverständes fiel beim Wein, und der Hass des Spiessbürgers gegen den Anhänger der neuen Zeit kam zum Vorschein. Das ist die Geistigkeit des wohlanständigen und kunstverständigen Bürgertums in der Stadt Köln am Rhein!

Die Prämie auf die Wollust.

In einer kürzlich stattgefundenen Arbeitsgemeinschaft für Jugendwohlfahrt in Königsberg donnerte ein Berufsschullehrer gegen die Erziehungsbeihilfen für uneheliche Kinder. Er nannte sie kurzweg und rund: Prämien auf die Wollust.

Man könnte mit diesem Ausbruch von Pharisäertum sich auseinandersetzen. Man könnte ihm entgegenhalten, dass nicht die Wollust, sondern die Not der Zeit dazu führt, dass uneheliche Kinder geboren werden, weil Ehen nicht möglich sind.

Man könnte ihm einen Vortrag halten über die Wandlung überkommener Moralbegriffe. Man könnte ihn fragen, ob er keine Ahnung hat von der Veränderung der Stellung der Frau in den letzten zwanzig Jahren.

Der Mann, der das Wort von den "Prämien auf die Wollust" geprägt hat, wird

das alles nicht verstehen. Er ist bedauernswert, nicht nur seiner Unkenntnis wegen, sondern auch seiner Entfernung vom wirklichen Leben und von menschlichen, natürlichen Gefühlen halber. Armer bedauernswerter Mann, der das Wort von den "Prämien auf die Wollust" erfunden hat. Was mag der von der Liebe verstehen!

Pervers.

Ueber die Stellung der Nationalsozialisten zum Judentum ist keinerlei Zweifel möglich. So etwas von borniertem Antisemitismus hat es noch nicht gegeben. Indessen gibt es Juden, die nur zu gern sich den Nationalsozialisten an den Hals werfen möchten. Es gibt einen Verband Nationaldeutscher Juden und die Zeitschrift dieses Verbandes erörtert die Frage: "Können Juden Nationalsozialisten sein?" In dieser Erörterung legt einer der nationaldeutschen Juden dar:

"Ich möchte den Kreis enger ziehen und danach die Frage etwa formulieren: Können nationaldeutsche Juden auf der Lebensgrundlage des Nationalsozialismus stehen? Meine Antwort darauf geht dahin, dass man in diesem Kreise einzelne voll und ganz als deutsche Nationalsozialisten ansehen könnte."

Von Würde keine Spur! Aber die Herrschaften haben gelesen, dass das Dritte Reich nach dem Vorschlage von Rosenberg alle Juden nach Madagaskar deportieren will. Sie haben keine Lust, nach Madagaskar zu gehen und bieten sich deshalb heute schonden Leuten vom Dritten Reich als unterwürfige Parteigänger an.

Die Partei der Deklassierten.

Wenn drei Hakenkreuzler vor Gericht stehen, so werden zwei von ihnen sicherlich über ein hochansehnliches Vorstrafenregister verfügen. Das ist ein politischer Lehrsatz, der sich mit grosser Präzision aus der Erfahrung der letzten Zeit ableiten lässt. Wir finden diesen Lehrsatz abermals bestätigt durch einen Prozess, der in Zeitz gegen einen Nationalsozialisten geführt wurde, der in die Reaktion des sozialdemokratischen "Volksboten" eingedrungen war, um die Redakteure zu verprügeln. Der Ueberfall misslang gründlich, der Täter wurde festgenommen und kam vor Gericht. Dort stellt sich heraus, dass er mehrfach vorbestraft ist wegen Hehlerei, Kuppelerei, Beleidigung, Landfriedensbruch, Amtsanmassung, Hausfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung. Er ist kein-Ausnahmefall, und es ist kein Zufall, dass die sogenannten aktiven Hakenkreuzleute alle über ein derartiges Vorstrafenregister verfügen. Eine Arbeiterpartei? - Nein, aber eine Partei jener untersten Klasse der Deklassierten, die die klassenbewusste Arbeiterschaft aufs tiefste verachtet.

Katholik Goebbels.

Herr Joseph Goebbels hat sich vom katholischen Albertus Magnus-Verein durch ein Darlehen das Universitätsstudium ermöglichen lassen. Er verpflichtete sich vertraglich zur Rückzahlung eines Darlehens von 900 Mark. Trotz Mahnung zahlte er nicht bis zum 15. Mai 1923. Dann zahlte er zurück und zwar mit 109 Goldpfennigen. Späterhin berief sich der Albertus Magnus-Verein auf die Aufwertungsgesetzgebung. Herr Goebbels reagierte drei Jahre lang nicht. Er liess es auf eine Klage und ein Urteil ankommen. Er wurde zur Rückzahlung von 400 Mark verurteilt, die er dann schliesslich in drei Raten abzahlen musste. Man versteht, dass Herr Goebbels seither ein überzeugter Feind des Katholizismus ist. Dass er der berufenste Hüter deutscher Ehrenhaftigkeit ist, versteht sich am Rande.

W N Aus S O aller Welt

Haussuchung bei Goebbels.

Die Nazis als Mörder = Helfer.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit; "In Erledigung eines in der Totschlagsache Schneider-Graf, beides Reichsbannerleute, Hufelandstr. 31, ergangenen Beschlusses des Untersuchungsrichters beim Landgericht I Berlin, Landgerichtsrat Dr. Beckmann, wurde am Donnerstag eine Untersuchung der Geschäftsräume des sogenannten Obersten Sturmführers der Nationalsozialisten, Hauptmann a. D. Stennes, seiner Privatwohnung, sowie der Geschäftsräume des Gausturmes Berlin, Hedemannstr. 10, ferner der Wohnung des Gausturmführers, der Mitarbeiter und Standartenführer und der für den Wohnbezirk der gesuchten Personen zuständige Bezirk der Sektionsführer der NSDAP. von Beamten der Politischen Polizei vorgenommen. Die Untersuchung bezweckte die Feststellung des Aufenthaltes der Gesuchten Becker und Hauschke. Die Ermittlungen nehmen ihren Fortgang, ihr Ergebnis kann noch nicht mitgeteilt werden."

Mörderflucht auf Befehl!

Die Mörder Becker, Hauschke und Kollatz lebten nach ihrer Untat an den beiden Reichsbannerkameraden zunächst noch einige Tage von Gesinnungsgenossen versteckt in Berlin. Trotz umfassender polizeilicher Fahndungsmassnahmen gelang es den Nazis ihre Revolvergeschützen so gut zu verstecken, dass man sie nicht erwischen konnte. Am 3. Januar entschloss sich Kollatz, in einem Anfall von Reue und Verzweiflung, sich der Polizei zu stellen. Er kehrte aber auf halbem Wege wieder um, nachdem er mehrere Lokale besucht und viel getrunken hatte. Auf seiner Bierreise traf Kollatz Becker und Hauschke, die ihm sagten, dass es ihm von Seiten der Partei streng verboten sei, zur Polizei zu gehen und zu bekennen. Er habe zu warten, bis die Partei über ihn und seine Zukunft beschlossen habe. Kollatz ging darauf in die Wohnung seiner Mutter und erhielt eine Stunde später Besuch von einem SA-Mann und Parteigenossen, der ihm ein Schreiben folgenden Wortlauts übergab: "Lieber Kamerad! Sie erhalten hiermit den Befehl, den SA-Kamerad Hauschke nach Feldberg (Mecklenburg) zu begleiten. Der Diensttuende der Sturmabteilung II". Kurz darauf erschien ein zweiter Nazibote, der dem Mörder folgenden Ukas überbrachte: "Der ergangene Befehl ist sofort auszuführen".

Das Komplizennetz des Verbrecherbundes.

Der Ueberbringer dieses Fluchtbefehls versah Kollatz mit Barmitteln und brachte ihn zu Hauschke, der zur Flucht bereits gerüstet war. Von Hauschke erhielt Kollatz 30 Mark ausgehändigt. Die Verbrecher fuhren dann mit der Vorortbahn nach Oranienburg, wo sie Becker trafen. Das Mörderklebblatt verbrachte die Nacht im Walde und fuhr am anderen Morgen früh um sechs Uhr nach Feldberg weiter. Dort wurden alle Drei von einem Nationalsozialisten in Empfang genommen, der von Berlin aus telegraphische Order erhalten hatte, für die flüchtigen Verbrecher Quartier zu machen. Die Drei verlebten dann vier vergnügte Tage in dem Feldberger Hotel Pfitzner, bis schliesslich der Quartiermacher erschien, den drei Parteigenossen 90 Mark aushändigte und sie aufforderte, nach Neubrandenburg weiter zu fahren. Die Drei setzten sich in die Bahn und wurden auf dem Neubrandenburger Bahnhof von dem nationalsozialistischen Sturmführer Porat in Empfang genommen, der Kollatz mit in seine Wohnung nahm und die beiden andern in ein Hotel schaffte. Einen Tag später fuhren Hauschke und Becker über München nach Oberaudorf mit dem Auftrag, sich nach glücklichem Ueberstreiten der Grenze (man hatte für die Verbrecher einen besonders günstig

versteckten Geheimpfad ausgeknobelt) mit dem Nazimann von Maltitz in Verbindung zu setzen. Anscheinend ist den beiden Verbrechern die Flucht gelungen, denn sie sind bisher trotz der fieberhaften Bemühungen der Polizeibehörden in Deutschland nicht aufzutreiben gewesen. Kollatz wurde nach Mecklenburg auf das Rittergut des nationalsozialistischen Sturmführers Walter Koch in Rülow bei Glienicke geschafft, wo man ihn mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte. Von hier aus schrieb Kollatz einen Brief an den nationalsozialistischen Zeitungshändler Trocha in Berlin. Kollatz teilte mit, dass es ihm gut gehe, dass ihm aber der Toback (Geld) ausgegangen sei. Ein weiterer, an die Mutter des Flüchtlings gerichteter Brief, der sich in dem Umschlag des Trocha-Schreibens befand, gelangte nie in die Hände der Adressatin. Indes erhielt Kollatz am 2. Februar in Rülow folgendes Schreiben der Mordbegünstigungs-Geheimorganisation: "Lieber Kamerad! Deine Urlaubszeit ist jetzt beendet. Die anderen Beiden sind bereits im Trocknen. Fahre bis Oberaudorf, dann läufst Du den Inn etwa 20 Minuten aufwärts und gelangst dann an eine Fähre, mit der Du Dich übersetzen lässt. Auf einem einstündigen Weg durch den Wald kommst Du nach Kufstein. Du musst spätestens Mittwoch früh Deine Reise antreten, da man sonst annehmen muss, dass etwas dazwischen gekommen ist". Nun fuhr Kollatz über Wittenberge und München bis zur österreichischen Grenze. Bei einem Versuch, sie heimlich zu überschreiten, wurde er von einem Beamten angehalten, da er sich im Wege geirrt hatte. Der ertappte Mörder zeigte falsche Papiere vor und wurde festgenommen.

Haussuchung unter Konzertbegleitung.

Die Berliner Haussuchungen erfolgten auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Landgericht I. Ausser dem Zentralbüro der Partei in der Hedemannstrasse wurden u.a. die Wohnungen des berüchtigten Hauptmann a.D. Stennes, des obersten Führers der Berliner SA-Organisation, des Sturmoberführers Wetzel und des Oberleutnants a.D. Jahn einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Besonders in der Hedemannstrasse wurde zahlreiches Material beschlagnahmt. Die Beamten stellten vor allem die Kartei der Sturmabteilungen sicher, in der sämtliche Adressen und Namen der kleinen und grossen SA-Häuptlinge sowie der Führer verzeichnet sind. Auch die Geschäftsbücher und die Korrespondenz wurden beschlagnahmt und zur Abteilung IA des Polizeipräsidiums gebracht. Vor den Parteibüros stiessen die Beamten, die von einer Schupohundertschaft begleitet waren, auf die Goebbelschen Leibwachen der SA und SS, die hier Tag und Nacht Posten stehen. Ehe sie einen Versuch zum Widerstand machen konnten, waren sie von den Beamten in Schutzhaft genommen worden. Dann wurden sämtliche Telefone besetzt, um jede Benachrichtigung Verfolgter und Hausgesuchter unmöglich zu machen. Während die Beamten die Nazihöhle durchsuchten, sammelten sich SA-Trupps im Hause an, die ihre Kampf- und Hetzlieder auf die Strasse hinausgröhlten.

+ + +
100 000 Mark gewonnen. Auf das Los Nummer 346 669 der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde am Donnerstag vormittag ein Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wurde in zwei Abteilungen in Berlin und im Rheinland gespielt.

+ + +
Spion verhaftet. Die Kriminalpolizei in Leobschütz O/S. verhaftete einen 25 jährigen Polen aus Kattowitz und einen 28 jährigen Deutschen aus Gleiwitz. Beide hatten kurz vorher, offenbar zu Spionagezwecken, von einem deutschen Reichswehrsoldaten aus Ratibor, der gleichfalls festgenommen wurde, mehrere militärische Dokumente und Pläne erhalten.

+ + +
Das Schicksal des Armen. In einem Walde bei Stolberg (Rheinland) wurde ein alter allein stehender Mann neben seinem Hundekarren erfroren aufgefunden. Der Alte hatte Brennholz holen wollen.

+ + +

Mord in der Moschee. Während des Gottesdienstes in der Moschee von Tusa, einem Städtchen an der südslawisch-albanischen Grenze, wurde der Gemeindevorsteher durch mehrere Revolverschüsse getötet. In der ausbrechenden Panik konnte der Mörder ungehindert entfliehen. Er liess aber einen Brief zurück, in dem er mitteilte, dass er die Tat aus Rache begangen habe und zwar, weil ihn der Gemeindevorsteher zu Unrecht der Ermordung eines Gendarmen beschuldigt habe.

+ + +
Hohenzollern-Pietät. Prinz Friedrich Leopold von Preussen macht wieder einmal durch seine Geschäftstüchtigkeit von sich reden. Im Rahmen der ab 18. Februar stattfindenden Auktion des Inventars des Schlosses Glienicke werden u.a. auch die berühmte Flöte und die Taschenuhr Friedrichs II, immerhin bekannte Symbole und Reliquien der preussischen Geschichte, versteigert werden. Im ganzen umfasst die Liste der aus dem Besitz des Prinzen zur Auktion gelangenden Objekte aus Schloss Glienicke 600 Nummern. Es handelt sich dabei auch um viele persönliche Geschenke Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Franz Josephs von Oesterreich. Das Schloss selbst ist Staatseigentum geworden.

+ + +
Französisches Riesenobservatorium. In der französischen Provence beabsichtigt man den Bau eines Riesenobservatoriums, das das grösste der Welt werden wird und für die europäischen Astronomen die häufigen kostspieligen Reisen nach dem amerikanischen Wilson-Observatorium überflüssig machen soll. Das Teleskop soll den ungeheuren Durchmesser von drei Metern haben. Die Gesamtkosten werden mit 60 Millionen Francs veranschlagt.

+ + +
Das Geheimnis der Maria Magdalena. Ein riesiger Finanzskandal im Karmeliter-Kloster Mecheln erregt zur Zeit das Interesse der belgischen Oeffentlichkeit. Die Oberste dieses Klosters, Schwester Maria Magdalena, die man jetzt nach Pariser Muster Schwester Hanau nennt, scheint seit einer Reihe von Jahren recht merkwürdige Geschäfte betrieben zu haben, Mit Hilfe von vier Agenten liess sie in Mecheln und anderen belgischen Orten die Namen und Adressen frommer, vor allem aber zahlungsfähiger Katholiken ausfindig machen, von denen sie dann - angeblich für religiöse Wohlfahrtsanstalten - Gelder zu dem respektablen Zinsfuss von 15 bis 20 Prozent lieh. Solange die Börsenhausse währte, zahlte Schwester Maria Magdalena, die die Tochter eines Antwerpener Börsenmaklers ist, die Zinsen auch pünktlich zurück. Seitdem aber der grosse internationale Börsenkrach einsetzte, liess die Zinsenzahlung immer mehr nach und hörte schliesslich ganz auf. Nunmehr wurde Schwester Hanau verhaftet. Damit ist freilich die Frage, was die Klosteroberste mit den Riesensummen angefangen hat - es wurde ein Fehlbetrag von 7 bis 8 Millionen Francs festgestellt - , nicht beantwortet. Von der angeblichen Anleihe für religiöse Wohlfahrtsanstalten kann jedenfalls keine Rede sein. Hingegen wird behauptet, dass sich Schwester Maria Magdalena, der nichts Menschliches fremd gewesen zu sein scheint, die Freundschaft mit mehreren hübschen jungen Männern, darunter ein Sänger und Musiker, einen beträchtlichen Batzen Geld habe kosten lassen. In Kirchenkreisen hat die Geschichte natürlich das peinlichste Aufsehen erregt. Nach dem vergeblichen Bemühen ihre Bedeutung herabzusetzen, wurde auf die Geschädigten dahin eingewirkt vorläufig keine Klage vor Gericht zu erheben.

+ + +
Brandkatastrophe. Bei den Vereinigten Stahlwerken Abteilung Bochumer Verein in Bochum wurde am Donnerstag Abend die grosse Halle der Modellschreinerei mit sämtlichen Modellschuppen eingeäschert. Der Sachschaden ist sehr gross.

+ + +
Flugzeugabsturz. In Königgrätz (Tschechoslowakei) stürzte bei einem Uebungsflug ein Militärflugzeug aus 150 - 200 Metern Höhe ab. Der 20 jährige Pilot war sofort tot. Die Maschine zertrümmerte.



Die Unbelehrbaren.

Zum Konflikt im Buchdruckgewerbe.

SPD.Halsstarrigkeit - das ist zur Zeit der charakteristische Zug der deutschen Unternehmerpolitik. Die Nachverhandlungen über den für das Buchdruckgewerbe gefällten Lohnabbauschiedsspruch, die trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaften, in der Arbeitszeitfrage zu einer Verständigung zu kommen, scheiterten, sind ein neuer Beweis dafür. Alles Zureden hat nichts gefruchtet. Die Herrschaften wollen sich mit den Gewerkschaften nicht verständigen. Für sie gibt es nur ein Heilmittel gegen die Krise: Lohnabbau, immer wieder und nichts anderes als Lohnabbau. Rücksichtslos bestehen sie darauf, dass der von der Regierung vor Monaten eingeleitete Lohnabbau restlos durchgeführt wird. Ohne Gnade knien sie dem Arbeiter auf, selbst dort, wo, wie im Buchdruckgewerbe, von einem ersten Druck der Krise garnicht gesprochen werden kann. Weil überall die Löhne abgebaut werden, - warum sollen nicht auch die Buchdruckunternehmer von diesem Abbau profitieren?

Das Reichsarbeitsministerium wird - das hat der Verlauf der Nachverhandlungen gezeigt - die Geister, die es mit seiner Lohnabbaupolitik rief, so schnell nicht wieder los. Auch ihm wird jetzt, wo der Lohnabbauappetit der Unternehmer immer grösser wird, etwas unheimlich zumute. Auch ihm ist, seitdem die Preisabbauaktion verpufft ist, allmählich klar geworden, dass die Zahl der Lohnabbaugewinnler mehr und mehr zunimmt. Sicherlich aus dieser Sorge heraus ist bei den Nachverhandlungen im Buchdruckgewerbe von dem Vorsitzenden die Frage aufgeworfen worden, was denn nun eigentlich mit den ersparten Lohnkosten gemacht wird und ob und wie die Ersparnis zur Verbilligung des Produkts verwendet wird. Wir zweifeln nicht, dass alle Arbeitgeber und so auch die Buchdruckunternehmer, dem Ministerium schwarz auf weiss nachweisen, dass die Lohnersparnis zu einer Verbilligung des Produktes nicht ausreicht. Sie werden dem Ministerium auch allerhand Preise mitteilen, die nichts besagen, weil sie in der Luft hängen. Die Buchdruckunternehmer werden das Ministerium mit allen möglichen Versprechungen und Versicherungen zu beruhigen versuchen, damit der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird. Das Reichsarbeitsministerium wird diese Versicherungen mit grosser Skepsis hinnehmen. Wird es die Verbindlichkeitserklärung trotzdem aussprechen? Allem Anschein nach will es die von ihm zum grossen Teil selbst in Bewegung gesetzte Lohnabbauwelle erst zum Stillstand bringen, wenn sozusagen in allen Gewerben und Berufen ein gewisser Abschluss erreicht ist. Es sind daher die Schwierigkeiten für die Gewerkschaften in allen noch ausstehenden Tarifverhandlungen überall gross.

Eine neue Situation entsteht erst dann, wenn die von der Regierung eingeleitete Lohnabbaubewegung abgeschlossen ist. Das Scharfmachertum hat daher schon längst eine neue Lohnabbauaktion gefordert und vorbereitet. Der Kampf in Ruhrort-Meiderich war ein Vorspiel dazu. Hier wollten die Vereinigten Stahlwerke mit der Stilllegungsdrohung den auch von Krupp propagierten neuen Lohnabbau in Richtung von 20 bis 25% erzwingen. Mit Hilfe einer Urabstimmung sollte eine Desavouierung der Gewerkschaften durch die Arbeiterschaft herbeigeführt werden. So wollte man ähnlich wie seinerzeit in dem Kampf um das Stahlwerk Becker die neue geplante neue Lohnabbauaktion psychologisch vorbereiten. Um sie in Gang zu bringen, will das Scharfmachertum den Tarifvertrag zerbrechen

Die Regierung wird daher täglich von ihm bestürmt, mit Hilfe einer neuen Notverordnung eine Bresche in das Tarifwesen zu legen.

Das Reichsarbeitsministerium hat gegenüber diesen Wünschen der Schwerindustrie abgewinkt. Das Ministerium wird, wie die Dinge zur Zeit liegen, gar nicht anders können, als nach Abschluss seines Lohnabbaus nun selbst etwas zur Verkürzung der Arbeitszeit zu tun. Der Verlauf des Konflikts im Buchdruckgewerbe hat den Beweis geliefert, dass auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Unternehmer in der Frage der Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung nicht zu rechnen ist. Das deutsche Unternehmertum will sich mit den Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage nicht verständigen. Es lässt sich zu wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten seiner Tradition gemäss nur zwingen.

SPD. Die Meldung, dass die Reichsregierung sich mit dem Gedanken beschäftige, den Tarifvertrag auf dem Wege der Notverordnung aufzuheben, wird vom Reichsarbeitsministerium kategorisch dementiert. Die massgebenden Stellen erklären, es komme weder eine Verkürzung der Lauffristen noch eine Aufhebung der Tarife in Frage.

"Die Regierung", so bemerkt dazu "Der Deutsche", die Tageszeitung der Christen, "denkt nicht daran, durch eine derartige Dr. Eisenbart-Kur einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Sie würde damit auch ein Feuer anzünden, bei dem es nicht nur verbrannte Finger gibt."

SPD. Im Tarifkonflikt der Gemeindearbeiter in Köln fällt das Tarif-Schiedsgericht einstimmig einen Schiedsspruch, nach dem mit Wirkung ab 21. Februar die Löhne um 5 Prozent gesenkt werden. Eine weitere Senkung um 2 Prozent erfolgt mit Wirkung ab 2. Mai. Die Laufzeit des Schiedsspruchs erstreckt sich bis zum 31. Oktober 1931.

SPD. In früheren Jahren wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Musiker in den Kurkapellen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Bäder-Verband, dem Verband Deutscher Ostseebäder, dem Verband Deutscher Nordseebäder und dem Deutschen Musiker-Verband tarifvertraglich geregelt. Im vergangenen Jahr jedoch kam der Reichsbädertarifvertrag nur noch durch Schiedsspruch zustande. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit unter den Berufsmusikern enorm gestiegen. Die Kurverwaltungen bzw. Bäderverbände wollen das Ueberangebot ausnutzen, um die Musikerlöhne abzubauen. Deshalb lehnen sie den Abschluss eines neuen Bädertarifvertrags für 1931 ab.

Aus Aeusserungen von Vertretern der Bäderverbände und Angeboten der Kurverwaltungen wird ersichtlich, dass die vorjährigen Lohnsätze der Musiker in den Kurkapellen um 30 bis 33 1/3% abgebaut werden sollen. Die Bäderverbände wollen also ebenfalls einen Lohnabbaurekord aufstellen. Neben den in den letzten Jahren eingerichteten billigen Pauschalkuren für Kranke wollen sie anscheinend Hungerkuren für Musiker einrichten. Das Bäderpublikum weiss, wie teuer die Lebensverhältnisse in den Kurorten sind; es wird sich am besten ausrechnen können, ob mit einem monatlichen Einkommen von 200 bis 300 Mark ein doppelter Haushalt zu führen ist. Von den Musikern der Kurkapellen sind aber 65 bis 70% verheiratet, sie müssen also doppelten Haushalt führen.

Dass die Musiker und ihre Berufsorganisation - der Deutsche Musiker-Verband - den geplanten Lohnabbau von 30 bis 33 1/3% nicht ohne Kampf zulassen werden, ist selbstverständlich. Alle Mittel und Wege zur Verhinderung dieses

Lohnraubes und zur Erreichung eines neuen Bädertarifvertrages müssen angewandt bzw. beschränkt werden. In diesem Kampfe rechnen die Musiker auf die Unterstützung aller derer, die noch Verständnis dafür haben, dass ein Hungerdasein in einem Kur- und Badeort noch tausendmal bitterer ist als in einem Elendsviertel der Grosstadt.

SPD. In der Lohnstreitigkeit im Oberschlesischen Erzbergbau wurde am Freitag im Reichsarbeitsministerium ein zweites Schlichtungsverfahren durchgeführt. Es endete mit einem Schiedsspruch, der einen allgemeinen Lohnabbau von 5 v.H. vorschlägt. Arbeiterinnen unter 20 Jahre sowie jugendliche männliche Arbeiter im Alter von 14 bis 17 Jahren behalten ihre bisherigen Löhne ungekürzt. Bei Arbeiterinnen über 20 Jahre und Jugendlichen im Alter von 18 bis 20 Jahren beträgt der Lohnabzug nur 3 v.H. - Die Arbeit soll möglichst umgehend wieder aufgenommen werden; Massregelungen aus Anlass der Arbeitseinstellung dürfen nicht stattfinden. -

Derselbe Schiedsspruch, der 6% Lohnabbau vorsah, war nicht für verbindlich erklärt worden. Auch 5% Lohnkürzung ist eine bittere Sache, wenn man bedenkt, dass der Tarifspitzenlohn 6,08 Mark ausmacht.

SPD. Der Bericht über den V. ordentlichen Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Stockholm, der gleichzeitig die Tätigkeit des IGB für die Jahre 1927 - 30 umfasst, ist jetzt im Druck erschienen. Er ist nicht zuletzt deshalb von besonderem Interesse, weil er das Wirtschaftsprogramm des IGB und den Entwurf seines sozialpolitischen Programms bringt und über die im Zusammenhang damit in Stockholm geführten Verhandlungen Bescheid gibt. Der stattliche Band - er umfasst 421 Seiten - ist von der Verlagsgesellschaft des ADGB (Berlin S.14, Inselstrasse 6 a) zum Preis von 3,30 Mark zu beziehen. Er ist nicht nur für jede Gewerkschafts- und Arbeiterorganisation, sondern auch für Politiker und Volkswirtschaftler jedweder Richtung von grossem Interesse.

SPD. Stolz weht die Flagge - der Holländer auf dem Rhein, weil die grossen deutschen Konzernreedereien zur holländischen Flagge abwandern. Sie sagen, sie seien dazu durch die Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften gezwungen, und da ihnen die jüngste Lohnsenkung um 7% nicht genügt, sind zur Zeit am Rhein wieder einmal allerhand Gerüchte im Umlauf, wonach die Grossreedereien ihre Rheinschiffe den holländischen Tochtergesellschaften zwecks Ersparnis der hohen deutschen Löhne vermieten wollen. Der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen dementiert diese Gerüchte. Dass sie zum Zweck der Stimmungsmache für eine neue Lohnsenkung die Reeder hoffen auf eine solche bis zum 1. April - in Umlauf gebracht wurden, liegt klar auf der Hand.

In dem Gejammer über die Zunahme der fremden Flaggen auf dem Rhein liegt reichlich viel Unehrllichkeit, denn dieselben Herrschaften, die angeblich mit den Holländern nicht mehr konkurrieren können und daher unter die holländische Flagge kriechen, erzählen, wie auch von der bürgerlichen Presse gerügt wird, der Öffentlichkeit, dass die von ihnen selbst verstärkte holländische Konkurrenz sie erdrücke.

Fest steht und treu die Wacht am Rhein - so lange sie nichts kostet.

Der Aktenbock des Landesfinanzamtes.

(Bedenkliche Verwendung von Reichsgeldern.)

SPD. Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Rechnungshofes über die Verwendung von Reichsgeldern im Jahre 1928 zugegangen. Diese Denkschrift enthält Bemerkungen, die nicht geeignet sind, die Achtung vor der Reichsverwaltung zu heben. Mit Reichsgeldern ist in zahlreichen Fällen in verantwortungsloser Weise umgegangen worden. Wenn man anstelle der verklausulierten Sätze des Rechnungshofs das Deutsch der nackten Tatsachen setzt, ergeben sich u.a. folgende Vorfälle, deren Zahl sich beliebig steigern lässt :

Von den Landesfinanzämtern sind die Mittel zum Ankauf von fachwissenschaftlicher Literatur teilweise zur Beschaffung von Romanen verwendet worden. Finanzamtsvorsteher haben sich auf Dienstreisen im eigenen Dienstkraftwagen von mitgenommenen Beamten Kilometergelder aus Reichsmitteln bezahlen lassen. Aus dem Repräsentationsfond der Landesfinanzamtspräsidenten sind die merkwürdigsten Ausgaben getätigt worden. Der Fond hat den Zweck, bei wichtigen Gelegenheiten den Landesfinanzamtspräsidenten als einzigen Vertretern des Reichs in den deutschen Ländern Gelegenheit zu würdiger Vertretung der Reichsregierung zu geben. Statt dessen haben Landesfinanzamtspräsidenten aus dem Fond Feiern für höhere Beamten der Landesfinanzämter finanziert und die Musik bezahlt, auch Hochzeitsgeschenke für entlassene Stenotypistinnen sind aus Mitteln dieser Fonds bestritten worden. Eine direkte Verhöhnung des Steuerzahlers bedeutet es aber, wenn ein Landesfinanzamt als Begründung seiner unerhört kostspieligen und luxuriösen Einrichtung angibt, bei ihm verkehre ein so anspruchsvolles Publikum, dass die Räume entsprechend eingerichtet sein müssten. (Einzelne Sessel zu 65 Mark, Aktenböcke nach besonderer Zeichnung zu je 75 Mark.) In dieser Weise geht es durch den ganzen Bericht; am dunkelsten scheint der Ankauf von 200 Flaschen 1926er Graacher Himmelreich (Wein) ausgerechnet durch das Reichsgesundheitsamt "zu Untersuchungszwecken" zu sein.

Es liegt uns fern, diese traurigen Tatsachen allein zur Sensationsmacherei zu benutzen, wie eine gewisse bürgerliche Presse das tut. Die Verwaltungsbehörden des Reichs werden sich darüber klar sein, dass sie bei einer derartigen Verwendung von Steuergeldern den Agitationsbedürfnissen der Nationalsozialisten weitgehend Material liefern. Schon jetzt gehen durch das Land zahllose Flugblätter der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, in denen unter Verdrehung aller Tatsachen ein grosses Zahlenmaterial zum Beweis für eine angebliche Korruptionswirtschaft im Reich und in den Ländern zu geben versucht wird. Der Verhetzung, die nun mit solchen Zahlen getrieben werden kann, wie sie der neueste Bericht des Rechnungshofs enthält, ist nur sehr schwer zu steuern. Das sollten die verantwortlichen Behörden des Reichs vor allen Dingen bedenken.

Wir Sozialdemokraten haben seit Jahren auf die Misstände bei der Verwendung der Steuergelder durch die Reichsbehörden hingewiesen. Aber wir haben uns keineswegs allein mit dem Hinweis begnügt. Wenn heute der Rechnungshof nach langen Jahren vorsichtigen Schweigens überhaupt den Mut bekommen hat, die Misswirtschaft in der Reichsverwaltung beim Namen zu nennen, so ist das in erster Linie dem sozialdemokratischen Einfluss zu danken. Fast alle kritischen Bemerkungen in der Denkschrift des Rechnungshofs sind auf Hinweise des Rechnungsunterausschusses des Reichstags zurückzuführen, die dieser bei der Prü-

fung der Reichshaushaltsrechnung für 1928 beschlossen hat. Und alle diese Beschlüsse standen unter dem Einfluss der Sozialdemokratie, deren Vertreter, der Abgeordnete Heinig, als Berichterstatter des Ausschusses in ausserordentlich mühevoller Arbeit es erst dahin gebracht hat, dass die Grundlage für eine Ausräumung der leichtsinnigen Geldwirtschaft mancher Reichsbehörden geschaffen worden ist.

Manche der in der jetzt vorliegenden Denkschrift des Rechnungshofes für 1928 erwähnten Misstände sind inzwischen abgestellt worden. Dafür hat der Rechnungsunterausschuss des Reichstags andere Behörde einer genaueren Kontrolle unterzogen und hierbei hat sich insbesondere das Reichsernährungsministerium geradezu als ein Sumpf von Verfehlungen gegen zahlreiche Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung herausgestellt. Auch hier wird Abhilfe geschaffen, nicht allein durch die Zusammenfassung der festgestellten Verfehlungen in Denkschriften, sondern durch positive Beschlüsse des Reichstags. Die Berichte des Rechnungsunterausschusses des Reichstags zur Reichshaushaltsrechnung 1928 und 1929 enthalten keineswegs nur Feststellungen von Tatsachen, sondern der sozialdemokratische Berichterstatter Heinig hat dafür Sorge getragen, dass auch die Abhilfemassnahmen vom Reichstag gleich mit beschlossen werden konnten.

Wenn jetzt wieder die Nationalsozialisten mit den neuen Zahlen des Rechnungshofs im Lande Agitation treiben, so sollen die Massen wissen, dass die Nationalsozialisten hier nur die Früchte der Arbeit anderer zu billiger Demagogie benutzen. Die Vorarbeit hat die Sozialdemokratie geleistet; für die wirksame Abhilfe gegen die Verschleuderung von Steuergeldern durch Reichsbehörden hat in erster Linie nur die Sozialdemokratie gesorgt. Die anderen Parteien sind auf den sozialdemokratischen Druck hin schliesslich mitgegangen. Die Nationalsozialisten haben überhaupt erst im Herbst 1930 angefangen, mit erstaunten Augen zu sehen, welche finanziellen Zusammenhänge zwischen Reichshaushalt und Reichsverwaltung bestehen. Positive Arbeit haben sie im Unterausschuss mangels sachlicher Kenntnisse nicht leisten können. Sie haben nur versucht, den sozialdemokratischen Berichterstatter durch einen ihnen politisch näher stehenden Herrn zu ersetzen, was ihnen aber nicht gelungen ist.

Die Sozialdemokratie gibt ihren Kampf um Sauberkeit im Reichshaushalt nicht auf. Manches ist von ihr in dieser Richtung in den letzten Jahren durchgesetzt worden. Sie wird nicht ruhen, bis die Verwendung von Reichsmitteln für jeden, der damit zu tun hat, eine besonders grosse Belastung des Verantwortungsgefühls bedeutet. Reichsgeld ist das Geld der Steuerzahler. In den vergangenen Jahren ist Reichsgeld häufig leichtes Geld gewesen. Die Sozialdemokratie wird weiter dafür kämpfen, dass die Steuergroschen mit einem Fluch für alle die behaftet werden, die sie leichtsinnig vergeuden.

SPD. Die infolge des Youngplanes mögliche Beendigung der Industrieumlage (Aufbringungssteuer) soll nach einem im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf so durchgeführt werden, dass insgesamt bis zum Jahre 1936 noch 910 Millionen Mark aufzubringen sind (1931 = 230 Millionen, in den darauffolgenden Jahren 200, 180, 140, 100 und im Jahre 1936 = 60 Millionen.) Bereits im Jahre 1932 sollen Betriebe mit einem Betriebsvermögen unter 500000 Mark von der Umlage befreit werden. Aus dem Aufkommen sind 260 Millionen noch für Etatszwecke zu verwenden. Der Rest fliesst volkswirtschaftlichen Aufgaben zu, so u.a. 500 Millionen für die landwirtschaftliche Umschuldung. (Ostprogramm).

SPD. Die dem preussischen Staat gehörende Preussische Elektrizitäts-Gesellschaft (Preag) wird eine Erhöhung ihres Stammkapitals um 30 Millionen auf 155 Millionen Mark vornehmen. Die neuen Aktien werden von der ebenfalls Preussen gehörenden Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks A.-G. (Vebag) zu einem Kurs von 120 % übernommen, so dass der Preag insgesamt Mittel in Höhe von 36 Millionen Mark zufließen werden. Die neuen Mittel dienen in der Hauptsache zur Ausführung des Bauprogramms 1931, das sich auf Ausgestaltung des Leitungsnetzes erstreckt und dem Arbeitsmarkt sehr zustatten kommen wird.

Die Meldung von der Kapitalerhöhung bei der Preag wird von der Hugenbergschen Telegraphen-Union mit einem Kommentar begleitet, der ohne Zweifel darauf abzielt, der Preag den Kredit zu untergraben. Es wird behauptet, die Preag sei mit kurzfristigen Schulden überlastet. Die Schulden der Preag belaufen sich auf etwa 90 Millionen Mark. Davon sind die Hälfte langfristige und weiter über ein Viertel mittelfristige Anleihen. Bei einem Kapital von 125 Millionen Mark, über das die Preag bis jetzt verfügt, bei Anlagewerten von 130 Millionen und Beteiligungen von über 100 Millionen Mark ist eine Verschuldung dieser Art mit dem bösesten Willen nicht hoch zu nennen. Wenn die Hugenbergsche Telegraphen-Union doch den Mit dazu findet, so haben wir wieder einmal einen Fall, wie gegen die öffentlichen Betriebe gehetzt wird. Die Meldung der Telegraphen-Union ist ja auch nicht ganz zufällig zu einer Zeit veröffentlicht worden, wo die Preag Kreditverhandlungen mit Bankgruppen zur Finanzierung der Beteiligungen an den Berliner Versorgungsbetrieben führte. Die Preag sollte einmal Umschau halten, welche Stelle Interesse an derartigen Falschmeldungen und Verleumdungen hat.

SPD. Die Reichsbank beginnt mit dem Verkauf von unverzinslichen Reichsschatzanweisungen und zwar handelt es sich um zwei Serien, die im August 1931 bzw. Anfang 1932 fällig sind.

Die Tatsache, dass man wieder an den Verkauf von Reichsschatzanweisungen herangehen kann, bezeichnet die eingetretene Beruhigung in unserem politischen Leben. Bis zu der Reichstagswahl vom 14. September 1930 konnten etwa für 420 Millionen Mark Reichsschatzanweisungen abgesetzt werden. Mit dem Ausfall der Wahl stockte der Absatz fast völlig. Er war wochenlang so gut wie abgeschnitten. Erst der politische Umschwung hat neue Möglichkeiten geöffnet, Reichsschatzanweisungen zu verkaufen. Für die Kassenlage bedeutet das eine nicht hoch genug anzuschlagende Erleichterung. Die Kassenlage selbst ist schon auf Grund des letzten Zwischenkredits, an dem sich ja auch französische Banken beteiligten, als gebessert anzusprechen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 bis 1,30, Rote und Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,40, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,70 bis 1,90 Mark. Fabrikkartoffeln 6½ Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 12. Februar: I. 150 Mark, II. 142 Mark, III. 128 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

Rückläufig bei geringem Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Februar.)

SPD. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte an der Berliner Produktenbörse lauteten für Weizen um 1 bis $1\frac{1}{2}$, für Roggen um ca. 1 Mark niedriger. Auch im Handel mit effektiver Ware ist die Stimmung recht lustlos geworden. In beiden Brotgetreidearten war zwar das Angebot weiter knapp bei kaum ermäßigten Forderungen. Indessen zeigten die Käufer keine Neigung, hierzu Material zu erwerben, sodass die Umsatztätigkeit sehr gering blieb. Am Mehlmarkt liess sich die Kauflust für Weizenmehle etwas lebhafter an, wenn auch höhere Preise nicht durchzusetzen waren. Roggenmehl hatte geringes Geschäft. Für Hafer blieb die Tendenz stetig.

	11. Febr.	12. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	268 - 270	268 - 270
Roggen	157 - $158\frac{1}{2}$	156 - $157\frac{1}{2}$
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriergerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	139 - 147	138 - 146
Weizenmehl	31,00 - 37,75	31,00 - 37,75
Roggenmehl	23,50 - 26,50	23,50 - 26,50
Weizenkleie	11,00 - 11,25	11,00 - 11,25
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 281 (Vortag $282\frac{3}{4}$), Mai $288\frac{3}{4}$ - $288\frac{1}{2}$ Brief ($289\frac{1}{2}$), Juli $292\frac{3}{4}$ - $292\frac{1}{2}$ Brief (294). Roggen März 175- $174\frac{3}{4}$ ($176\frac{1}{4}$), Mai $182\frac{3}{4}$ - $182\frac{1}{4}$ (184), Juli 184- $183\frac{1}{4}$ ($185\frac{1}{4}$). Hafer März $153\frac{3}{4}$ -153 Brief ($155\frac{1}{2}$), Mai $161\frac{1}{2}$ - 161 Brief (163), Juli - (169).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 13. bis 19. Februar: für A-Milch 18,4 Pfg. für B-Milch 12,9 Pfg., für tiefgekühlte Milch 18,9 Pfennige je Liter. Die A-Milchmenge ist für dieselbe Zeit auf 90 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-er (vollfrische, gestempelte), über 65 Gramm 14, 60 g $12\frac{3}{4}$, 53 g $11\frac{3}{4}$, 48 g $10\frac{3}{4}$, aussortierte, kleine und Schmutzeier 9. Auslandseier: Dänen leichtere $10\frac{1}{4}$, Hol-länder 68 g 14, 60-62 g 12 bis $12\frac{1}{2}$, 57-58 g $11\frac{1}{2}$ - $11\frac{3}{4}$, leichtere $10\frac{1}{4}$ -11, Italiener usw. 60-62 g $11\frac{1}{2}$, 57-58 g 11, Rumänen, Ungarn und Jugoslawen 9- $9\frac{1}{2}$, Polen norma- le $8\frac{1}{4}$ - $8\frac{1}{2}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier $6\frac{1}{2}$ -8. In- und ausländische Kühl- hauseier: Normale $7\frac{1}{2}$ -8, Chinesen und ähnliche $6\frac{1}{2}$ -10. Witterung: Tauwetter. Tendenz: weichend.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 12

Berlin, den 12. Februar 1931

Gemeinnützige Ehevermittlung.^x

SPD. Wir sind so stolz auf unsere "Neue Sachlichkeit"; wir reden so viel von Rationalisierung auf allen Gebieten und überlassen doch in einer der entscheidendsten, elementarsten Lebensfragen alles weiterhin dem Zufall und der Tradition, nämlich in der Frage der Wahl des geeigneten Ehepartners. Bewusstes Suchen wurde, wie alles im kapitalistischen System, als Erwerbsquelle ausgebeutet. Weitläufige Inseratenplantagen in der bürgerlichen Presse sorgen gegen entsprechende Insertionsgebühr dafür, dass sich Herz zu Herz, und, was viel wichtiger ist, Portemonnaie zu Portemonnaie, Bankkonto zu Bankkonto findet. Mit naiver Schamlosigkeit enthüllen sich hier die wahren Regiekräfte der honnetten bürgerlichen Vordergrundmoral. Diese Inseratenplantagen sind gleichzeitig der Sumpfboden, auf dem Heiratsschwindel und ergänzungsbedürftige sexuelle Perversität prächtige Giftblüten treiben. Ein wenig, jedoch nicht viel besser ist es mit der gewerbsmässigen Ehevermittlung bestellt. Diesem Gewerbe ist, rein juristisch, von vornherein zur Obskurität und bürgerlichen Anrüchigkeit verurteilt. Einerseits bedarf die Ehevermittlung der Konzessionierung, andererseits sind Abmachungen über Provisionen rechtsunwirksam und nicht einklagbar. So muss die Spesenrechnung die ehrliche, klare Honorarforderung ersetzen, oder der Bewerber muss schriftlich sein Ehrenwort geben, dass nach zustandegemessener Heirat 1 bis 3 % des Barvermögens der Frau als Provision gezahlt werden. Das Schwergewicht liegt natürlich auf dem materiellen Gebiete: dem Vermögen der Frau, dem Einkommen und der Stellung des Mannes. Nach noch einem anderen Prinzip arbeiten die Heiratszeitungen, die die Tatsache des zugrundeliegenden Erwerbsunternehmens durch vereinsmässige Organisation zu verschleiern suchen. Es existieren die Zeitungen "Lebensbund", "Frankfurter Beamten-Heiratszeitung" usw. Durch Annoncen und Abonnement wird für den Profit des Herausgebers der Zeitung gesorgt. Durch seine Vermittlung wird ein Briefwechsel unter Chiffre eingeleitet, und es bleibt den heiratslustigen Männlein und Weiblein selbst überlassen, wann sie den Schleier der Anonymität lüften, und was sie aus den einmal angesponnen zarten Banden machen wollen. Hier fällt wenigstens das materielle Interesse der vermittelnden Hintergrundperson am Zustandekommen der Heirat fort.

In der "Neuen Generation" macht nun Professor Fetscher, der Leiter der Dresdener kommunalen Eheberatungsstelle, einen sehr beachtlichen und praktisch durchdachten Vorschlag für gemeinnützige Ehevermittlung. Uebrigens haben unmittelbar nach dem Kriege einzelne Kommunen nicht ungünstig verlaufene Versuche mit der Ehevermittlung für Kriegerwitwen gemacht, allerdings auch wieder unter starker Betonung des materiellen Moments, da es sich meistens darum handelte, für die verwaisten Erwerbsunternehmen dieser Witwen wieder einen männlichen Leiter zu bekommen. Professor Fetscher stellt in den Mittelpunkt seiner Vorschläge mit Recht die Untersuchung auf biologische Ehtauglichkeit. Als erste Anknüpfungsmöglichkeit hält er die Heiratszeitung nicht für ungeeignet. Jeder Bewerber aber hat sich einer vertrauensärztlichen Untersuchung zu unterwerfen, die Familieneigentümlichkeiten, innere Organe, Wassermannsche Reaktion und Urinuntersuchung umfasst. Ferner sollen verlangt werden ein polizeiliches Leumundszeugnis, ein Ledigkeitszeugnis, Einkommensteuerbescheid, evtl. Bankkontoauszug oder Anstellungsurkunde, um Schwindlern die Benutzung

der gemeinnützigen Eheberatung zu verwehren und dem berechtigten Wunsche des anderen Partners nach Klarheit Rechnung zu tragen. Nach dieser Vorprüfung wird eine Karteikarte über den Bewerber mit einer Decknummer ausgestellt, unter der er seine Wünsche betreffs des Ehepartners in einer "Brieffliste" aufzuführen kann. Diese wird unter der Bedingung strengster Diskretion an inbetracht kommende Partner weitergegeben. Ueber eine Reichszentrale wird dann der zunächst unter einer Chiffre gehende Briefwechsel angebahnt. Die ärztliche Untersuchung der Ehebewerber könnte in den kommunalen Eheberatungsstellen erfolgen; natürlich wäre auch eine private Untersuchung auf eigene Kosten durch Vertrauensärzte gestattet. Die übrigen Unkosten wären durch einen mässigen Beitrag der Bewerber selbst aufzubringen, denn wer auf Freierfüssen geht, dürfte immerhin nicht vollständig mittellos sein. Die Mittel, die für Annoncen und Heiratsvermittlungen zweifelhaften Charakters aufgebracht werden, beweisen ja die Zahlungswilligkeit des heiratslustigen Publikums.

Der Vorschlag Professor Fetschers, die sozial, biologisch und persönlich so unendlich bedeutungsvolle Eheanbahnung dem blind schaltenden Zufall und den Klauen der Profithyänen zu entreissen, ist sicherlich erwägenswert. Freilich muss man sich auf diesem komplizierten Gebiete vor allzu weitgehenden Erwartungen hüten und die Grenzen des Rationalismus gegenüber der gewaltigsten irrationalen Macht, dem erotischen Triebe, klar erkennen. Selbst das prächtigste Tauglichkeitszeugnis und der einwandfreieste Wassermann können nicht das erzwingen, was man gemeinhin Liebe nennt. Die öffentliche Ehevermittlung wird stets auf die "Masse Mensch"-in allen Gesellschaftskreisen - beschränkt bleiben; für differenzierte, geistig und seelisch anspruchsvolle Menschen ist dieser Weg ungangbar. Mit fortschreitender Emanzipation der Frau aber wächst dauernd die Zahl von Lebensbünden auf der Grundlage geistiger Kameradschaft. Da sind Büro und Fabriktaal, Versammlungsraum, Sportplatz, Bünde und Vereine aller Art bessere Ehevermittlungsstellen als ein noch so fein und vielseitig ausgekugelttes Vermittlungsinstitut.

H.S.

X
Zu Unrecht vergessene Frauen.

Von Walter B. Pitkins.

SPD. Die bedeutenden Frauen der Vergangenheit hätten ganz ernsthaften Grund, sich zurückgesetzt zu fühlen. Jedem Gymnasiasten ist Newton bekannt, und schon als Zwölfjährige bekommen wir es mit Euklid zu tun. Wer Pythagoras war, wissen wir im Schlafe. Aber tiefes Schweigen herrscht auch bei Erwachsenen, wenn sie etwa gefragt werden, wer Mary Somerville war. Auch vielseitig gebildete Menschen werden auf die Frage nach dem Namen der Frau, die Newtons "Principia" ins französische übersetzte und so eins der bedeutendsten wissenschaftlichen Werke den Gebildeten ihrer Zeit erst zugänglich machte, stumm bleiben. Denn wer kennt die Marquise du Chatelet?

Was gehen die Naturwissenschaften, die Mathematik und die Philosophie die Frau an? Die Frau gehört an den Herd. So sonderbar vertraute Ansichten dringen bereits aus der Welt des klassischen Altertums an unser Ohr. Kennzeichnenderweise sind die Berichte über jene Frauen, die im alten Rom und Griechenland Hervorragendes leisteten, überaus dürftig. Und doch wissen wir, dass es bereits im sechsten Jahrhundert vor Christi Geburt in Hellas bedeutende Aerztinnen und Philosophinnen gab. Kurz wird die Gattin des Pythagoras, Theano, in alten Quellen erwähnt, die immerhin nach dem Tode ihres Mannes die von ihm geleitete Philosophenschule erfolgreich weiterführte und ausserdem eine der berühmtesten Aerztinnen ihrer Zeit war. Hippokrates und Plinius

erwähnen überhaupt des öfteren die bahnbrechenden Leistungen weiblicher Aerzte. Ihre Namen hat die Welt längst vergessen. Im Mittelalter befand sich die Heilpraxis zum grössten Teil in den Händen von Mönchen und Nonnen, unter denen die heilige Hildegard die berühmteste war. Aber in vielen Ländern war es den Frauen gesetzlich verboten, sich auf dem Gebiete der Heilkunde zu betätigen, und so finden wir kaum eine berühmte Aerztin bis zu dem Zeitpunkte, da Elizabeth Anderson den Kampf gegen ihre Zeit aufnahm. Dieser Frau haben es ihre Geschlechtsgenossinnen nicht zum geringsten zu verdanken, dass es heute auf der ganzen Welt weibliche Aerzte gibt.

Als Elizabeth Anderson im Jahre 1836 zur Welt kam, war es ganz ausgeschlossen, dass eine Frau sich dem Studium der Medizin zuwandte. Das wäre geradezu schamlos gewesen. Nachdem die Anderson also vielfache vergebliche Versuche unternommen hatte, in eine der bestehenden medizinischen Schulen aufgenommen zu werden, studierte sie im Londoner Hospital privat Anatomie und nahm bei den bedeutendsten Professoren jener Zeit Unterrichtsstunden. Nach vielen Jahren unverdrossenen Kampfes erhielt sie endlich ein Diplom, das es ihr ermöglichte, sich als erste Frau Englands als praktischer Arzt niederzulassen. Ihr nächstes Ziel war die Gründung eines Spitals, in dem bedürftige Frauen von Aerztinnen behandelt werden sollten. Das Londoner New Hospital, ihre Gründung, beschäftigt heute nur Aerztinnen, und noch bevor Elizabeth Anderson im Alter von 81 Jahren starb, hatte sie die Genugtuung, zu wissen, dass sie den Frauen Englands den Zugang zum ärztlichen Berufe gebahnt hatte.

Die Leistungen der Frauen in den Naturwissenschaften sind niemals nach Gebühr gewürdigt worden. Nur ein Student der Astronomie oder ein berufsmässiger Astronom kennt heute das gewaltige Werk Caroline Herschel's, der Schwester und Assistentin des berühmten Sir William Herschel (des Entdeckers des Planeten Uranus. D.Red.) Und doch war sie es, von der der Plan zu Herschels Lebenswerk ausging. Nacht für Nacht sass sie bis zum Morgengrauen am Fernrohr, während es oft so kalt war, dass die Tinte in der Flasche gefror. Sie überprüfte jede Beobachtung ihres Bruders und machte das Werk ihres Bruders der wissenschaftlichen Welt erst zugänglich. Ja, man ist heute der Ansicht, dass ihr das Hauptverdienst am Ruhme ihres Bruders gebührt. Nur Spezialisten sind heute die Namen anderer hervorragender weiblicher Astronomen bekannt. Wer wüsste etwas von Hortense Lepaute, der bedeutendsten Astronomin Frankreichs? Oder von Henriette Leavitt, von der Henry Smith Williams sagt, dass sie die einzige Frau unsrer Zeit sei, der in der Astronomie Wesentliches zu verdanken ist! Welcher Student der Physik hört überhaupt etwas von Mary Somerville, deren englische Uebersetzung von Laplace's "Himmelsmechanik" dieses Ewigkeitswerk erst berühmt machte und Laplace zu jener Geltung verhalf, die er sonst vielleicht nie erlangt hätte? Laplace selbst sagte von ihr, dass sie die einzige Frau sei, die sein Werk verstehe. Mary Somerville, die selbst originelle und bedeutsame wissenschaftliche Leistungen vollbracht hat, gehört heute ebenso zur Armee der unbekannt grossen Frauen wie vielleicht - die Gattin Lavoisiers.

Sie wussten, dass Lavoisier verheiratet war, sagen Sie; aber was hat seine Frau schon geleistet? Nun, Lavoisier brauchte für seine Arbeit Auszüge aus zahlreichen Büchern, die ihm, da sie in fremden Sprachen geschrieben waren, nicht zugänglich waren. Seine Frau war entschlossen, ihm zu helfen. So erlernte sie das Lateinische und Englische und wurde die vollkommene Uebersetzerin jedes in lateinischer oder englischer Sprache abgefassten Buches, das ihr Gatte benützen wollte. "Und das ist alles?" fragen Sie? Nein, durchaus nicht. Als Schülerin des berühmten französischen Malers Louis David und als ausgezeichnete Kupferstecherin unternahm es diese vielseitige Frau, die bereits die Ergebnisse aller Experimente ihres Gatten niedergeschrieben hatte, seinen berühmten "Traité élémentaire de Chimie", das erste Lehrbuch der modernen Chemie, zu illustrieren. Und nach Lavoisiers tragischem Tode (Lavoisier wurde während der französischen Revolution hingerichtet. D.Red.) hat sie seine Mémoires herausgegeben.

Haben Sie jemals etwas von Frau Ellen H. Richards gehört? Nein? Nun, Sie war eine der ersten Frauen, die sich der chemischen Untersuchung der Nahrungsmittel zuwandte, und die erste, die Kurse über dieses Gebiet abhielt.

Wer ist die "Hexe von Agnesi"? Nein, sie ist keine der drei Hexen aus Shakespeares "Macbeth". Es ist die Bezeichnung einer mathematischen Kurve, die eine der bedeutendsten Frauen, die je gelebt haben, gefunden hat. Maria Gaetana Agnesi, die im Anfang des 18. Jahrhunderts das Licht der Welt erblickte, war nicht nur eine ausserordentliche Mathematikerin, sondern auch eine Sprachforscherin und Philosophin von Ruf. Im Alter von neun Jahren veröffentlichte sie eine in lateinischer Sprache geschriebene Abhandlung, in der sie das Recht der Frau, sich wissenschaftlichen Berufen zuzuwenden, verfocht. Als Dreizehnjährige besass sie gründliche Kenntnisse des Griechischen, Hebräischen, Französischen, Spanischen, Deutschen, Lateinischen und - wie ihr Biograph bescheiden hinzufügt - "noch anderer Sprachen". Ihr Vater war Professor der Mathematik an der Universität von Bologna. Als Fünfzehnjährige folgte sie ihm in seine Gelehrtenzirkel und nahm dort an den schwierigsten philosophischen Diskussionen teil. Sie veröffentlichte nicht nur bedeutsame Studien aus dem Gebiete der Infinitesimalrechnung, sondern wurde auch, als ihr Vater erkrankte, von der Universität Bologna auf den Lehrstuhl für Mathematik und Naturphilosophie berufen. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie in der Zurückgezogenheit des Klosters. Sie ruht wahrhaft in Frieden - denn der Nachwelt ist sie so gut wie unbekannt geblieben.

Sind Ihnen die Namen Elizabeth Fry oder Madame Lefèbre je untergekommen? Nein? Und doch ist Elizabeth Fry jene Frau, deren unermüdlchen Anstrengungen es gelang, die englische Gefängnisreform durchzusetzen, und Madame Lefèbre jene Chemikerin, in deren Kopfe - fünfzig Jahre, bevor ihre Entdeckung in die Praxis umgesetzt wurde - der Gedanke auftauchte, aus der Atmosphäre Nitrate zu gewinnen. Beide sind der Vergessenheit anheimgefallen.

Nur ganz wenige aus der grossen Schar der zu Unrecht vergessenen Frauen wurden hier erwähnt. Stünden sie aus ihren Gräbern auf, sie hätten wahrlich Grund, sich über das ungerechte Gedächtnis der Menschheit zu beklagen, das Männern die Erinnerung bewahrt hat, die durchaus nicht Leistungen vollbracht haben, welche die der zu Unrecht Vergessenen übertreffen würden.

Madame Dupain.^x

SPD. Madame Dupain - die deutschen Soldaten nannten sie so - kam von der kleinen, grauen Kirche, die wie ein Greis in den Herbsthimmel lugte. Sie hatte nicht gebetet, wie sie es seit siebzig Jahren täglich getan hatte. Im Arme trug sie, in ein schwarzes Tuch gehüllt, ein etwa armlanges, elfenbeinernes Kruzifix, das in der ganzen Gemeinde als besonders wundertätig galt. Kein Mensch hatte daran gedacht. Madame Dupain wollte es der Gemeinde erhalten. Grosse Mühe hatte sie nicht. Ihr Bündel, das ein gutes schwarzes Kleid enthielt, einen Kaffeekeffel und etliche Andenken, lag längst bereit. Im Dorfe ging alles drunter und drüber. Die Bewohner packten in fliegender Hast, rissen die Bündel auseinander, packten von neuem. Bunt sah die Dorfstrasse aus von dem Gewimmel der Leute. Rotes Bettzeug, weisses Laken, buntes Packpapier, alles durcheinander.

Nach Osten sollte die Gemeinde ziehen. Die deutschen Linien wurden zurückgenommen vor den heranrückenden Franzosen.

Als Madame Dupain ihr Häuschen betrat, spürte sie einen bohrenden Schmerz in der Brust. Die Glieder wurden ihr schwer unter der Last einer unbekannteren Zukunft. Es war nicht viel, was sie verlassen musste. Sinnend überblickte sie ihre Habe. Blank und sauber war alles und warm. Zerstört wurde es; das war sicher.

"Los, los, los, Alte!" bellte ein rotbärtiger Unteroffizier barsch in das Häuschen hinein. Madame Dupain erschrak, deutete auf ihr Bündel. Wenn sie nicht schon gepackt hätte, nun würde sie es nicht mehr tun. Alles erschien ihr so wertlos gegen das Kruzifix, das in ihrem Schosse lag.

Auf dem Marktplatze sammelten sich die Dorfbewohner. Greise, Kinder, alle trugen ihre Lasten. Wagen, Karren, groteske Gefährte standen in langer Reihe, die Habe aufzunehmen. Pferde gab es nicht. Männer, Frauen und grössere Kinder spannten sich ein, und langsam, langsam setzte sich der Zug in Bewegung.

Unendlich zog sich die Landstrasse dahin. Es sah aus, als ginge sie gerade wegs in den Himmel. Deutsche Kolonnen jagten vorbei; junge Soldaten, denen die kindliche Ahnungslosigkeit im Gesichte geschrieben stand, marschierten nach vorn-.

Nach einigen Stunden wurde Rast gemacht. Man ass nichts. Stumm hielt sich jeder für sich, um verstohlen den Weg zurückzublicken. Frauen waren da, die weinten still vor sich hin. Madame Dupain zeigte, wo man besonders wehklagte, das Kruzifix. Geheimnisvoll entblösste sie es; ebenso geheimnisvoll verhüllte sie es wieder mit dem schwarzen Tuch. Und es war wie ein Wunder. Die Frauen trockneten ihre Tränen.

Die Dämmerung kam. Noch immer wurde marschiert. In ihren Gurten lagen die Männer. Kühler, stiller Herbstabend war. Nur im Südwesten murrten die Geschütze. Einem Städtchen näherte man sich; das lag in einem dunklen, flachen Tal.

Die deutsche Begleitmannschaft war unruhig geworden. Gespentsch glitten am Himmel die Lichtkegel der Scheinwerfer hin und her. Wie von Magierhand geschleudert, lautlos und geheimnisvoll, stiegen die Perlenreihen der Leuchtschurgeschosse. Abwehrgeschütze tobten nicht weit entfernt.

Am Eingang zum Städtchen wurde plötzlich Halt befohlen. Das schwere Gerumpel der Wagen war verstummt. Ein dumpfes Singen erfüllte die Luft. Bombenflieger kreuzten und suchten ihr Ziel. Starre überfiel jeden. Mit dem Gehör versuchte man das All zu durchdringen.

"Fliegerdeckung!"

Man stürzte in die Felder, verstreute sich. Nur wenige blieben bei den Wagen, im den Gebrechlichen herunter zu helfen. Madame Dupain war allein herabgestiegen. Den Namen einer Nachbarin rief sie; und als sie nichts hörte, lief sie blind durch das Gesträuch. Irgendwo im Freien fiel sie nieder. Weiter unten in der Stadt krachte es. Die alte Frau betete in fliegender Hast für sich, für die Gemeinde. Plötzlich fuhr sie auf. Wie unsinnig rannte sie nach der Strasse zurück. "Das Kruzifix, das Kruzifix!"

Eine Weile war nur das singende Geräusch des Fliegers zu hören.

Da geschah ein Rauschen vom Himmel. In rotzuckendem Blitz flammte die Strasse, und ein unvorstellbares Getöse erfüllte die Luft, darauf dumpfes Aufklatschen von Steinen und Erdklumpen, dann Stille.

Pulverqualm entstieg langsam der Einschlagstelle. Quer über dem Rinnstein lag das zertrümmerte Gerüst eines Wagens. Von Steinen und Erdreich fast eingedeckt war der Wust von Bettzeug und Bündeln. Madame Dupain war weg. Ein Stück von ihr hing zwischen den Speichen, ein anderes lag auf einem aufgerissenen Zeugbündel. Blut von ihr sickerte überall.

Einige Männer kamen aus den Feldern zurück. Mit den Füßen scharrrten sie zwischen den Trümmern herum nach ihren Habseligkeiten.

Abwehrgeschütze funkten wie toll. Zwischendurch entfernte sich das Singen des französischen Bombenfliegers mehr und mehr. Scheinwerferlicht spielte am Himmel. Über allem stand der friedliche Mond.

Paul Behlau.

Die entthronte "Schönheitskönigin".^x

SPD. In Paris ist vor einigen Tagen "Miss Europa", die diesjährige Schönheitskönigin, die Gascogner Französin Jeanne Juilla, eine zwanzigjährige Schönderin, ihres Titels für verlustig erklärt worden, weil sie - wie sich nachträglich herausstellte - ein vier Monate altes Kind hat.

Wer in den letzten Wochen in einer illustrierten Zeitung die Bilder der "Thronanwärterinnen" gesehen hat, dem wird aufgefallen sein, dass dieses Mädchen wohl als einziges so etwas wie ein beseeltes Gesicht besitzt, während die anderen Bewerberinnen mehr oder weniger leblose Larven zur Schau tragen. Und so hat die Französin zweifellos deshalb den Preis davongetragen, weil ihre Schönheit auch eine gewisse menschliche Wärme ausstrahlte. Sollte ihre anfangs preisgekrönte innere Schönheit nicht gerade darin wurzeln, dass hier eine Mutter lächelte? Mutterschaft ist immer ein Erlebnis; Liebschaft scheint es vielfach nur zu sein. Und ohne Erlebnis gibt es keine überzeugende Schönheit.

Aber welche Logik liegt in der Aberkennung des Preistitels? Ist das Mädchen nun weniger schön, seitdem man weiss, dass sie Mutter ist? Hier liegt gar keine Logik vor; hier ist auch gar keine Logik gesucht worden, sondern hier wollte sich wieder einmal die doppelte Moral der bürgerlichen Gesellschaft lächerlich machen. Man nahm "Anstoss" an der unehelichen Mutter, unbeschadet aller papiernen Bekenntnisse zu den Menschenrechten.

Wird man in Zukunft von der Schönheitskönigin ein Jungfernschaftsattest verlangen? Vielleicht, aber wohl nur bedingt. Wir schlagen deshalb gleich vor, aus dem verstaubten Arsenal der Rechtsgeschichte das berühmte Institut des "jus primae noctis" (das Recht der ersten Nacht) wieder hervorzuholen und es den Preisrichtern einzuräumen. - Die junge Mutter aus der Gascogne aber mag still und zufrieden wieder zu ihrem Kinde zurückkehren; hier wird sie mehr Glück finden als in der Lebewelt der "Schönheitsköniginnen". Vielleicht wird sogar künftig ein noch feineres Lächeln einer engeren Umwelt verkünden, dass dieses Mädchen den Wert ihrer Beurteiler durchschaut hat.

SPD. Woher kommen viele unglückliche Ehen?^x Wir wissen, dass alle möglichen Gegensätze der Weltanschauung in Politik, Religion usw. häufig zu schweren ehelichen Konflikten führen. Neu dürfte die Feststellung eines Nervenspezialisten sein, dass Verschiedenheit des musikalischen Geschmacks sehr oft zu Konflikten in der Ehe Anlass gibt, die meist kaum heilbar sind. Er meint, eine Lösung dieser Konflikte sei nur zu erreichen durch Scheidung, oder es träten schwere nervöse Störungen auf. - Der kluge Mann hat zweifellos Recht. Von Ehegatten, die ganz verschiedene Musik lieben, der eine vielleicht Kirchenmusik, der andere etwa Operetten- oder Jazzmusik, kann man im wahrsten Sinne des Wortes sagen, dass Mann und Frau nicht "harmonieren".

SPD. Einleuchtende Erklärung.^x Madame beklagt sich bei der Bäuerin: "Ihre Milch ist so entsetzlich dünn!"

"Kann ich nicht für, Madameken," ist die Antwort. "Wissen Sie, die Kühe trinken bei die Hitze so viel!"

Deutscher Reichstag

24. Sitzung am 12 Februar 1931.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines Vizepräsidenten und zweie Schriftführer. Es handelt sich um Ersatzwahlen für die aus dem Vorstand ausgeschiedenen Nationalsozialisten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Abg. Dr. Weber (Staatspt.) an, ob die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die jetzt dem Reichstag fernbleiben, ordnungsmässig um Urlaub nachgesucht haben. Wenn das nicht geschehen sei, so müsse an die Geschäftsordnungsbestimmung erinnert werden, die alle Abgeordneten verpflichtet, sich an den Arbeiten des Reichstags zu beteiligen. Der Aeltestenrat sollte sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit dieser Frage beschäftigen. (Beifall).

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärt, seine Freunde hätten es immer abgelehnt, die Not der Erwerbslosen zu politischer Agitation missbrauchen zu lassen. Er frage aber den Präsidenten, ob tatsächlich die Nationalsozialisten - wie es in der Presse heisst - ihre Diäten den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt haben und um welche Summen es sich dabei handelt.

Präsident Löbe erwidert, Urlaubsgesuche seien von den Abgeordneten der Rechten, die den Verhandlungen ferngeblieben sind (die Nationalsozialisten und Deutschnationalen fehlen wieder) nicht eingereicht worden. Das Fernbleiben von Abgeordneten sei auch früher vorgekommen. So habe der Abg. Ludendorff jahrelang gefehlt und auch Frau Zetkin (Komm.) sei lange Zeit durch Krankheit und politische Missionen nach Russland dem Reichstag ferngehalten worden. Sie hat aber, so fügt der Präsident hinzu, jedesmal ordnungsmässig um Urlaub nachgesucht. Wenn es verlangt wird, wird sich der Aeltestenrat mit der von Dr. Weber angeschnittenen Frage beschäftigen. Vom Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) ist am 10. Februar der Antrag eingegangen, die durch Verzicht der nationalen Opposition freiwerdenden Diäten den Erwerbslosen zu überweisen. Ganz abgesehen von der Antwort, die ich Dr. Frick erteilt habe, steht die Sache so, dass alle nationalsozialistischen Abgeordneten, kranke und gesunde, am 1. Februar ihre Diäten für den ganzen Monat, für die Sitzungstage wie für die Sitzungsfreien, erhoben haben. Es steht also keine Mark oder, wie man volkstümlich sagt, kein roter Pfennig bisher zur Verfügung. (lebh. Hört! Hört! = Rufe u. Heiterkeit).

Für die nun folgende Wahl des Vizepräsidenten schlägt Abg. Leicht (Bayr. Vp.) den Abg. v. Kardorff (D. Vp.) vor.

Abg. Rippel (Chr. Soz.) erklärt, seine Freunde verurteilten das Verhalten der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, aber sie möchten nicht durch sofortige Besetzung des jetzt verwaisten Vizepräsidentenpostens die vorhandene Spannung weiter verschärfen. Sie würden sich darum an der Wahl nicht beteiligen.

Präs. Löbe erwidert, er habe die Wahl deshalb anberaumt, weil Abg. Stöhr ausdrücklich sein Amt niedergelegt habe und weil jetzt auch mit der längeren Abwesenheit eines weiteren Vizepräsidenten (gemeint ist der deutschnationale Vizepräsident Graf-Thüringen) zu rechnen sei.

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert dagegen, dass der Vizepräsidentenposten nicht den Kommunisten als der drittstärksten Partei überlassen wird.

Abg. Dittmann (Soz.) verweist demgegenüber auf eine frühere Erklärung des Abg. Torgler (Komm.), dass die Kommunisten nicht daran dächten, sich in den parlamentarischen Apparat einzuordnen.

Abg. Döbrich (Landvolk) erklärt, seine Freunde würden sich an der Wahl nicht beteiligen, weil nach ihrer Meinung die jetzt noch vorhandenen beiden Vizepräsidenten genügen.

Abg. Dingeldey (D. Vp.): Auch die Volkspartei würde die jetzige Besetzung

des Vorstandes für ausreichend halten. Nachdem aber die Mehrheit des Aeltestenrats sich für die Ersatzwahl entschieden hat, halten wir die Wahl eines bürgerlichen Abgeordneten für zweckmässig.

Abg. Meyer-Berlin (Staatspt.) macht darauf aufmerksam, dass der Aeltestenratsbeschluss einstimmig, also auch mit den Stimmen der Volkspartei, gefasst worden sei.

Die dann durch Stimmkartenabgabe vorgenommene Wahl ergibt die Wahl des Abg. Frhr. v. Kardorff zum Vizepräsidenten an Stelle des Abg. Stöhr. Für Kardorff wurden 258 Stimmen abgegeben, 56 für den Abg. Pieck (Komm.), eine für den Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernbund), 38 Stimmzettel waren unbeschrieben oder ungültig.

Abg. v. Kardorff (D.Vp.) nimmt die Wahl mit Dank an und wird vom Reichskanzler Dr. Brüning beglückwünscht.

Bei der Ersatzwahl für die beiden ausgeschiedenen nationalsozialistischen Schriftführer werden von den Kommunisten die kommunistischen Abgg. Schumann-Thüringen und Geschke vorgeschlagen. Das Ergebnis der Zettelwahl wird erst im weiteren Verlauf der Sitzung ermittelt und mitgeteilt werden.

Nunmehr werden die Abstimmungen zum Etat des Auswärtigen Amts vorgenommen. - Auf Vorschlag des Auswärtigen Ausschusses wird zunächst der Antrag Drewitz (Wirt.Pt.) angenommen, der die Veröffentlichung einer Denkschrift über alle bisher von Deutschland aufgebrauchten Reparationsleistungen verlangt. Der kommunistische Antrag auf sofortige Einstellung der Zahlungen aus dem Youngplan wird in namentlicher Abstimmung mit 314 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Mit 247 gegen 124 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dann ein Antrag Döbrich (Landvolk) abgelehnt, wonach die im Youngplan vorgesehenen Schutz- und Revisionsmöglichkeiten sofort ergriffen werden sollen und darüber hinaus auf die völlige Beseitigung der untragbaren Reparationslasten hingewirkt werden soll.

Auf Antrag Ersing (Ztr.) soll über alle Anträge der abwesenden Deutschnationalen und Nationalsozialisten zur Tagesordnung übergegangen werden. Die Abgg. Hepp (Landvolk) und Stöcker (Komm.) widersprechen diesem Antrag.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und des Landvolks wird nach dem Antrag Ersing Uebergang zur Tagesordnung über alle deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträge beschlossen. Eine Ausnahme bildet nur der nationalsozialistische Antrag auf Kündigung der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund. Dieser Antrag wird in besonderer Abstimmung gegen die Kommunisten und das Landvolk abgelehnt. Angenommen wird die Entschliessung der Mittelparteien, die eine internationale unparteiische Untersuchung der Weltkriegsursachen fordert, um der Behauptung von der deutschen Alleinschuld ein Ende zu machen.

In einer weiteren gegen die Stimmen der Kommunisten angenommenen Entschliessung wird dagegen protestiert, dass trotz der einseitigen Abrüstung Deutschlands die übrigen Mitgliedstaaten des Völkerbundes die Abrüstungsverpflichtung bisher noch nicht erfüllt haben. Einstimmige Annahme findet eine Entschliessung, die die Regierung zu Verhandlungen mit Panama auffordert mit dem Ziel, solche Vorgänge wie den bekannten Flaggenwechsel einer Hamburger Reederei zu verhindern. Eine Entschliessung, die die Notwendigkeit einer baldigen Revision der Reparationsverpflichtungen betont, wird in namentlicher Abstimmung mit 314 gegen 56 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten hatten vor der Abstimmung erklärt, ihre Zustimmung werde unter der Voraussetzung gegeben, dass die Regierung selbst den politisch richtigen Zeitpunkt für den Revisionsantrag bestimmt. Das Gehalt des Aussenministers wird gegen die Stimmen der Kommunisten und des Landvolks bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums. Vorher wird das Ergebnis der Schriftführerwahl mitgeteilt. Es sind gewählt als Schriftführer mit 262 Stimmen der Abg. Reyses (Ztr.) und der Abg.

Schneider-Berlin (Staatspt.). Die von den Kommunisten vorgeschlagenen Abgeordneten haben 58 bzw. 60 Stimmen erhalten.

Staatssekretär Trendelenburg:

Das Reichswirtschaftsministerium habe dem notleidenden westdeutschen Erzbergbau stets sein besonderes Interesse zugewendet, weil es sich um das einzige grosse Eisenerzvorkommen Deutschland und um ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet handle, dessen Bevölkerung weitgehend auf das Einkommen aus der Bergarbeit angewiesen sei. Zusammen mit Preussen und Hessen hat die Reichsregierung schon 1926 und 1927 und sodann vom Frühjahr 1929 ab den Erzgruben dieses Gebietes eine auf Förderung und Absatz berechnete Unterstützung gewährt, an deren Durchführung Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft beteiligt wurden. Wegen der ungünstigen Finanzlage des Reichs musste die Unterstützung im Laufe des Jahres 1930 gekürzt werden. Aus den gleichen finanziellen Gründen glaubte die Reichsregierung die Unterstützung, die nicht als Dauermassnahme gedacht war, im kommenden Rechnungsjahr einstellen zu müssen. Nachdem inzwischen die Lage im Siegerländer Bergbau sich ungeachtet der Selbstkostensenkung infolge des Absinkens der Erzpreise in unerwarteter Weise verschlimmert hat, würde ich es begrüßen, wenn es sich im Rahmen des Gesamthaushalts, dessen Gleichgewicht gewahrt bleiben muss, ermöglichen liesse, die Unterstützung im neuen Rechnungsjahr fortzuführen, wie es vom Haushaltsausschuss vorgeschlagen wird.

Es ist verständlich, dass in der heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Notlage die Gesuche um Unterstützung sich mehren, und dass insbesondere jedes erfolgreiche Subventionsgesuch neue Anträge auf staatliche Unterstützung im Gefolge hat. Dieser Zusammenhang und die Problematik des Subventionswesens sind in diesem hohen Hause wiederholt eingehend erörtert worden. Dabei war man sich insbesondere bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses im Jahre 1927 völlig klar darüber, dass Subventionen nur dort verantwortet werden können, wo besondere ausserwirtschaftliche Gründe sie erfordern. Diesem vom Reichstag wiederholt mit aller Schärfe zum Ausdruck gebrachten Grundsatz hat auch das Reichswirtschaftsministerium bei seiner Verhandlung der verschiedenen Subventionsgesuche Folge gegeben, und ich bin der Meinung, dass wir auch weiterhin an diesem Grundsatz festhalten müssen. Man darf über dem natürlichen Mitgefühl mit denjenigen, welche von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen werden, doch niemals vergessen, dass die Unterstützung eines Betriebes oder eines Wirtschaftszweiges durch künstliche Mittel all zu leicht nur die Folge zeitigt, dass die an dieser Stelle entstandenen Schwierigkeiten auf andere Betriebe oder Wirtschaftszweige verlagert werden, dass mit anderen Worten durch das Zustoßfen eines Loches an einer Stelle entsprechende Löcher an anderen Stellen aufgerissen werden. Dieser Zusammenhang wird insbesondere gleich von lokalen Stellen übersehen, welche ihre besonderen örtlichen Schwierigkeiten durch Subventionen einzelner Betriebe zu beheben versuchen, ohne sich dabei vor Augen zu halten, dass der hierdurch geschaffene künstliche Wettbewerb die Arbeitsmöglichkeiten anderer Betriebe in anderen Gebieten beeinträchtigt.

Der Frage einer wirtschaftlich wichtigen Verteilung der öffentlichen Aufträge wird das Reichswirtschaftsministerium im Benehmen mit den beteiligten Reichsstellen weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmen. Es hat sich bereits in früheren Jahren sehr eingehend mit den Möglichkeiten eines Konjunktur- und Saisonausgleichs mit Hilfe öffentlicher Aufträge befasst. Die in dieser Richtung eingeleiteten Arbeiten haben eine gewisse Grundlage erhalten in den Ergebnissen der statistischen Erhebungen über die Vergebung der Reichs- und Landesaufträge. Die seit längerer Zeit gepflogenen eingehenden Beratungen haben ergeben, dass ein starrer Schlüssel für die örtliche Verteilung der öffentlichen Aufträge, der auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird, nicht gefunden werden kann. Jede Vergabungspraxis nach einem starren Schlüssel würde

eine mehr oder weniger zentrale Vergebung von einer Zentralbeschaffungsstelle voraussetzen, ein Verfahren, das andere wesentliche Nachteile mitsichbringen würde. Eine gerechte Verteilung der Aufträge wird nur in freier Zusammenarbeit der Beschaffungsstellen mit den Vertretungen der Länder erreicht werden. Daher hat das Reichswirtschaftsministerium mit der Ausgleichsstelle der Länder Verhandlungen aufgenommen, die das Ziel haben, Grundsätze für eine Zusammenarbeit der Beschaffungsstellen mit den Ländern bei den Vergabungen der öffentlichen Hand aufzustellen.

Abg. Tarnow (Soz.):

Das Unternehmertum behauptet, das deutsche Volk müsse seinen Lebensstandard an die bis zur Verkümmern zurückgegangene Wirtschaft anpassen; wir müssten uns einschränken und unsere Lebensgewohnheiten zurückschrauben. Mit ihrer ganzen Kraft hat die Reichsregierung bei all' ihren Versicherungen, die Kaufkraft des Volkes wieder herstellen zu wollen, sich auf die Löhne geworfen. In dieser Zeit ungeheurer Arbeitslosigkeit sind die Löhne sowieso gefährdet, die Reichsregierung hat aber noch ein übriges getan. Ein Preisabbau sollte dem Lohnabbau folgen, und auf diese Art schliesslich der Reallohn unvermindert erhalten bleiben. (Zuruf rechts: Die Preise sind doch herunter gegangen!) Nur dort, wo sie auch ohne Einflussnahme der Regierung heruntergegangen wären. Gegen ernsten Widerstand der Unternehmer hat die Regierung die Preise nicht herabdrücken können. Erst vor kurzer Zeit hat sie die Preissenkung für Markenartikel angeordnet, die an den Anfang der Aktion gehört hätte. Das Gleiche gilt von einer Einwirkung auf die Preispolitik der Schwerindustrie, von wo aus das ganze Preisniveau zu beeinflussen wäre. Der Erfolg dieser Regierungspolitik ist, dass die Löhne stark gesenkt worden sind, die Preise aber nicht in gleichem Masse. Das hat nicht nur mit vollem Recht die Erbitterung der Arbeitermassen hervorgerufen, sondern damit ist auch der Wirtschaft selbst ein Bärendienst erwiesen worden. Wir können aus der Wirtschaftskrise nicht herauskommen, wenn die Kaufkraft der Massen nicht erhöht wird. (Zuruf der WiP: Freie Wirtschaft!) Wir haben Zeiten gehabt, in denen die Wirtschaft ohne alle Fesseln nach ihren eigenen Gesetzen handeln konnte. Die Konjunkturforscher haben nachgewiesen, dass in dieser Zeit der Reallohn nicht gesunken, sondern gestiegen ist; damals ist bei Depressionen ein starker Preisdruck, aber eine weniger starke Lohnsenkung eingetreten, sodass bei den Lohnempfängern eine Erhöhung der Kaufkraft eingetreten ist. Es gibt keinen anderen Weg aus der Krise, als den Absatz an die Produktionsmöglichkeiten heranzubringen. Dadurch aber, dass mit Unterstützung der Regierung die Löhne so erheblich abgebaut worden sind, ist dieser Weg versperrt worden. Nun bleibt nur der Weg einer radikalen Herabsetzung der Arbeitszeit.

5 Millionen Arbeitslose liegen auf den Strassen. Sie wissen nicht, wann sie wieder in ein Arbeitsverhältnis zurückkehren können. Hunderttausende und Millionen sind seit vielen Monaten aus dem Produktionsprozess herausgeschleudert und haben keine Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder hineinzukommen. Es ist in hohem Masse ein seelisches Problem. Die Arbeitslosen gehen daran zugrunde. Wenn wir früher oft hören mussten, die deutschen Arbeiter seien zu faul zur Arbeit, so erweist die gealtige Krise von heute diesen Vorwurf als Verleumdung. (Sehr wahr! links) Die Arbeiter wollen arbeiten, und man muss die Arbeitsmöglichkeit erweitern, damit alle Arbeitslosen die Hoffnung haben können, wieder Arbeit zu bekommen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht nur als Notmassnahme, sondern als Dauerzustand unerlässlich. (Zuruf der Kom.: Bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne.) Selbstverständlich - soweit die Wirtschaft in der Lage ist, das zu tragen. (Auf Zurufe der Kommunisten:) Wir haben Ihre Anträge abgelehnt, denn Sie glauben ja selbst nicht, dass durch die Annahme von Anträgen im Reichstag die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann.

Immer wieder wird behauptet, dass die deutsche Wirtschaft durch zu hohe Steuern und Sozillasten erdrückt werde. Die Wahrheit ist ganz anders. 1925 hatten wir einen Aufstieg der deutschen Wirtschaft, wie er wahrscheinlich in der Geschichte der Volkswirtschaft nur dieses eine Mal zu finden ist. Das gesamte Nationaleinkommen war 1925 noch unter 50 Milliarden, ist 1926 schon auf 56 Milliarden und 1929 auf über 70 Milliarden angewachsen. Der Produktionsindex ist von 1924 bis 1929 um 41 % gestiegen. Diese Ausdehnung der deutschen Wirtschaft wäre nicht möglich gewesen, wenn aus dem Nationaleinkommen nicht eine ausserordentlich starke Kapitalbildung für die Wirtschaft eingetreten wäre. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung ist die Kapitalinvestition in der deutschen Wirtschaft 1924/28 um 26,8 Milliarden für Neuanlagen, 26,2 Milliarden für Ersatzanlagen, 12,7 Milliarden für Vorräte und die Gesamtinvestition um 65,7 Milliarden gestiegen. Man behauptet, das sei die Wirkung unserer Auslandskredite, alles sei aufgebaut mit erborgtem Kapital und die Folge sei eine Schuldknechtschaft gegenüber dem Auslande. Die Zahlen aber beweisen, dass in dieser Periode die öffentlichen und privaten Auslandskredite insgesamt 27 Milliarden betragen, denen deutsche Guthaben im Auslande von 10 Milliarden gegenüber stehen, sodass die effektiven Auslandsschulden 17 Milliarden betragen - wobei die Milliarden, die aus Deutschland ausgezogen sind, ohne sich bei uns abzumelden (Heiterkeit), nicht eingerechnet sind. Die Kapitalbildung war also ausserordentlich stark - ein Beweis, dass es unserer Wirtschaft nicht schlecht gegangen ist. Daraus ziehen wir die Schlussfolgerung, dass die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft auf dem Boden dieser Wirtschaft durchgeführt werden können. Nicht die natürliche Kraft der produktiven Wirtschaft hat versagt, sondern versagt hat die wirtschaftliche Ordnung, in der wir leben. (Sehr richtig! links)

Vielmehr als bei früheren Krisen war es diesmal das kapitalistische Wirtschaftssystem, das die Krise herbeigeführt hat. Die Abgeordneten Stolper (Staatspt.) und Dingeldey (D.V.) haben das vor einigen Tagen entschieden bestritten. Stolper hat gemeint, man könne diese Schlussfolgerung nicht ziehen, weil das kapitalistische System nicht in der Lage gewesen wäre, nach seinen eigenen Gesetzen zu funktionieren, und zwar durch ausländische Bindungen während Dingeldey das Gleiche meint, aber mit Bezug auf innere Lasten.

Die völlig freie kapitalistische Wirtschaft existiert freilich nur noch in dem - Gummistempel des Hansabundes, den er auf seine Kuverts aufdrückt, und worin er die Wiederherstellung der freien Wirtschaft fordert. Aber wer nun (zur Wip) meint, dass nur dieser verruchte Marxismus die deutsche Wirtschaft fessele, der sieht doch ganz falsch. Wenn die alte Wirtschaftsfreiheit verloren gegangen ist, dann ist das eine natürliche Folge der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Die gewiss nicht marxistische Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat festgestellt, dass gewisse Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft zwar durch den Krieg beschleunigt worden sind, aber schon vor dem Kriege vorhanden waren und sich auch ohne den Krieg durchgesetzt hätten. Das sind die monopolistischen Tendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft, die niemand zurückdrängen kann, weil sie aus dem System selbst entstehen. Diese Entwicklung hat die schwere Unordnung in die einzelnen Volkswirtschaften und in die Weltwirtschaft hineingebracht. Die letztere ist durch eine Kette von Preisrevolutionen auf allen Gebieten, besonders bei den Rohstoffen und Lebensmitteln erschüttert worden. Innerhalb des letzten Jahres ist der Baumwollpreis um 49 %, der Wollpreis um 64 %, der für Jute um 39 %, für Weizen um 49 %, für Mais um 37 % gestürzt. Baumwolle hat heute die Hälfte des Vorkriegspreises, Wolle 2/3, Gummi 1/5 des Vorkriegspreises. (Zuruf äusserst links: Deshalb sind die Gummiknäppel so billig! - Grosse Heiterkeit) Diese plötzlichen und radikalen Revolutionen auf dem Weltmarkt wären nicht möglich gewesen, ohne die monopolistischen Tendenzen und könnten auch durch deren Preisstützungen nicht

verhindert werden. In Deutschland ist allerdings eine Preisrevolution durch die Monopole verhindert worden, die die Preise aufrecht halten konnten. Das ist aber auch wieder eine Störung im Kreislauf der Wirtschaft, die durch eine entschiedene und aktive Wirtschaftspolitik des Staates hätte verhindert werden können.

Wir beantragen die Einführung eines Monopol- und Kartellgesetzes, das eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik sein muss. Solange die Meinung aufrecht erhalten werden konnte, als ob die Wirtschaft von Gesetzen beherrscht würde, die für alle gleichmässig gelten, konnte sich der Staat mit der Nachwächterrolle gegenüber der Wirtschaft abfinden. Heute aber bestimmen starke Interessentengruppen die Wirtschaft, und daher muss der Staat diese Monopolorganisationen unter Kontrolle nehmen, sie in das Interesse der Gesamtwirtschaft einfügen und damit die Wirtschaft überhaupt in höherem Masse als bisher unter die Kontrolle des Staates stellen. Die Epoche der Trennung von Staat und Wirtschaft liegt hinter uns, beide müssen zusammenwachsen. Wenn Sie sagen, dass diese Entwicklung zum Sozialismus führt, so sehen Sie, dass Sie diese Entwicklung, die aus der Wirtschaft selbst entspringt, nicht aufhalten können. Unter dem Sozialismus verstehen wir allerdings etwas anderes, als die Begriffe, die sich am Hakenkreuz emporranken. (Heiterkeit) Wenn die Nazis sich als die schärfsten Antimarxisten bezeichnen, dann möchten wir uns das auch ausgebeten haben, damit da keine Verwechslungen vorkommen. (Heiterkeit.- Zuruf rechts: Haben Sie denn das Monopol?) Hier handelt es sich um ein Monopol, das jedem zugänglich ist, nämlich das Monopol der Dummheit. (Lebh. Heiterkeit).

Der Redner beleuchtet dann den Reinfall Gottfried Feders mit seinen Forderungen, das Redeverbot für den Wirtschaftspolitiker der NS, die Erklärung Rosenbergs im "Völkischen Beobachter" dass man überhaupt nicht über das Programm der NS diskutieren dürfe; Tarnow kommt zu dem Schluss, dass gegen dieses Programm die Goldmacherkunst Tausends noch als exakte Wissenschaft erscheint. (Heiterkeit) Er fragt, ob Hitler, wenn er das braune Indianerhemd mit dem Frack vertausche und zu den Berliner Bankherren oder den Schlotbaronen im Ruhrgebiet frühstücken fahre, das antikapitalistische Programm der NS als Tafelaufsatz mitbringe. Abg. Tarnow zitiert dann offene Eingeständnisse aus Parteischriften der NS, die die Unaufrichtigkeit des ganzen Hakenkreuzlerischen Antikapitalismus offen zugeben. Als ein Erfolg der Feder'schen "Brechung der Zinsknechtschaft" ist zu verzeichnen, dass seit dem Wahltag des 14. September v. J. das Zinsniveau in Deutschland gegenüber dem Ausland um 2 % zu Ungunsten Deutschlands verändert ist, was für das Jahr gerechnet eine Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft in der halben Höhe der gesamten deutschen Reparationslast bedeutet. (Hört! Hört! links und in der Mitte) Wenn dieser ungeistige "Nationalsozialismus" den Kampf mit der gewaltigen geistigen Bewegung des marxistischen Sozialismus aufzunehmen wagt, so ist das einer der lächerlichsten Auswüchse von Grössenwahn, die wir in der innerpolitischen Geschichte des deutschen Volkes kennen.

Allerdings haben wir auch wenig gemeinsam mit den sozialökonomischen Experimenten, die in Russland gemacht werden. (Ironische Zustimmung und Widerspruch der Kom.) Was in Russland geschieht, hat viel Ähnlichkeit mit den böseartigen Karikaturen, die den Sozialismus als Zuchthausstaat dargestellt haben. Gewiss ist das letzte Wort in der russischen Entwicklung noch nicht gesprochen, und glauben Sie (zu den Kom) nicht, dass wir nicht auch froh wären, wenn diese Entwicklung zu dem Ziele käme, das ihr vorschwebt. Aber damit wäre noch längst nicht erwiesen, dass dieser Weg auch möglich ist in Ländern mit höherer Kultur. Wenn der Weg zum Sozialismus keine andere Linie kennen würde, als die durch ein tiefes dunkles Tal der schwersten Verelendung, demgegenüber das Elend in der kapitalistischen Wirtschaft noch als eine sonnige Höhe erscheinen muss, dann

werden die Arbeitermassen anderer Länder diesen Weg nicht gehen; ohne die Arbeitermassen aber ist der Weg zum Sozialismus nicht möglich. Die deutsche Arbeiterschaft will einen solchen Weg, wie in Russland nicht gehen. Wir sehen die sozialistische Gemeinschaft aus dem absterbenden Kapitalismus herauswachsen. Die Erkenntnis, dass das kapitalistische System dem überquellenden Reichtum der Natur nur zu vermehrtem Elend für die Massen in allen Ländern umwandelt, diese Erkenntnis wird sich weiter ausbreiten und uns neue Anhänger zuführen. Hinter uns stehen die Massen der Arbeiterschaft. Wenn in dieser Zeit der Verzweiflung Teile der Massen sich einem politischen Wunderglauben ergeben, dann begreifen wir das. Aber die Konjunktur des politischen Wunderglaubens ist zeitlich begrenzt. Wir vertrauen darauf, dass grosse Teile derjenigen, die heute noch dem Hakenkreuz und dem Sowjetstern nachlaufen, wieder zu uns stossen werden. Wir bauen auf die Zukunft unserer Bewegung, wir bauen auf die Zukunft des Sozialismus. (Lebh. Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Abg. Dr. Neubauer (Kom.) behauptet, dass in Russland keine Arbeitslosigkeit bestehe und der sozialistische Aufbau unaufhaltsam fortschreite.

Abg. Dr. Dessauer (z.): Die Arbeitslosen mit ihren Angehörigen machen fast ein Drittel des ganzen deutschen Volkes aus. Jeder Arbeitslose verliert monatlich etwa 100 Mark an Einkommen, das sind im Jahre an Lohnsummenverlust 4 - 5 Milliarden. Um ebensoviel wird die innere Kaufkraft geschwächt. Der Redner widerlegt dann die agrarische Behauptung, dass die Industrie und die Städte auf Kosten der Landwirtschaft lebten, und wendet sich gegen die Verhetzung der Landbevölkerung. Deutschland habe das ausgebauteste Agrarzollsystem, und seit weit über 100 Jahren habe keine deutsche Regierung soviel für die Landwirtschaft getan, als die Regierungen der Deutschen Republik. (Lebh. Beifall in der Mitte und links.)

Um 19 $\frac{1}{4}$ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 15 Uhr vertagt.